



TAUWETTER

... *franziskanische Zeitschrift für Gerechtigkeit,
Frieden und Bewahrung der Schöpfung*



UKRAINE

Frieden schaffen – aber wie?

Redaktion Tauwetter

Dinko Aracic, Peter Amendt OFM, Stefan Federbusch OFM
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Jürgen Neitzert OFM

Sie erreichen uns

Redaktion Tauwetter
Redaktionsleiter Stefan Federbusch ofm
Kreuzweg 23, 65719 Hofheim
Tel. 061 92.99 04 23
Fax 061 92.99 04-39
tauwetter@franziskaner.de
www.tauwetter.franziskaner.de

Gestaltung

kipconcept gmbh, Bonn

Titel

Norbert Lammers OFM
*Es zeigt eine 13 Meter hohe Friedenstaube, die der Frankfurter Künstler
Justus Becker an einer Hauswand in der Nähe des Allerheiligentors/Frankfurt
gemalt hat*

Dankeschön

Tauwetter finanziert sich ausschließlich aus Spenden.
Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei allen bedanken,
die mit ihrem Beitrag diese franziskanische Zeitschrift mit
dem Schwerpunkt „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der
Schöpfung“ unterstützen.

Redaktion Tauwetter

Stadtsparkasse Düsseldorf
IBAN: DE 43 3005 0110 0010 1308 96
SWIFT/BIC: DUSSEDDXXX

Editorial

„Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht“ (Bundesaußenministerin Annalena Baerbock) und „Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie zuvor“ (Bundeskanzler Olaf Scholz). So der Tenor unserer Politikerinnen und Politiker auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Das fast Unvorstellbare wurde Wirklichkeit: Seit dem 24. Februar wütet erneut ein Krieg in Europa.

Der Pazifismus ist schwer unter Beschuss. Frieden schaffen mit Waffen lautet die vielfache Forderung. Daraus erwächst für die Friedensbewegung die Frage, ob sie von falschen Einschätzungen ausgegangen ist, ob ihre Prämissen noch gelten und welche Möglichkeiten für ein friedensbewegtes Handeln aktuell zur Verfügung stehen.

Aktuell lässt die Kriegsschuldfrage die Analyse der Kriegsursachen in den Hintergrund treten. Sie wird zu berücksichtigen sein zur Klärung der Fragen: Wie kann der „Ernstfall Frieden“ (Gustav Heinemann) gestaltet werden? Wie kann eine europäische und eine globale Sicherheits- und Friedensordnung aussehen?

In dieser TAUWETTER-Ausgabe sind bewusst unterschiedliche teils konträre Ansätze und Sichtweisen zusammengestellt, die zur eigenen Meinungsbildung beitragen sollen. Sie spiegeln somit nicht in allem die Meinung der Redaktion wider.

Die TAUWETTER-Redaktion wünscht allen Leserinnen und Leser und allen Menschen in den Kriegs- und Krisengebieten dieser Erde Schalom – einen umfassenden Frieden für Leib und Seele!

Inhalt

Die Ukraine	5
Der Krieg in der Ukraine Eine Anfrage an die Friedensbewegung Stefan Federbusch OFM	7
Putins Krieg, Russlands Krise Andreas Zumach	14
Rede bei der Kundgebung zur Beendigung des Ukraine-Krieges am 5. März 2022 in Landshut Clemens Ronnefeldt	19
Rückschau: Das Friedensgutachten 2014 der führenden deutschen Friedensforschungsinstitute	28
„Die Perspektive des Evangeliums fehlt“ Josef Freise, Thomas Nauerth, Stefan Silber, Egon Spiegel	30
Mit anderen Waffen. Gewaltfreier Widerstand im Ukraine-Krieg. Interview mit der Pazifistin Christine Schweitzer	37
Gibt es einen gerechten Krieg? Nikodemus Schnabel OSB	43
Für Verständigung – Gegen die Kriegstreiberei Internationaler Versöhnungsbund	45
Keine Lust auf Krieg – Kapitulation als intelligente Reaktion und mutige Tat Thomas Nauerth	47
Stoppt den Krieg - Offener Brief an die pax christi-Mitglieder pax christi Bundesvorstand	50
Diskussionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft LINKE Christ*Innen zum Krieg in der Ukraine	57
„Diesen Krieg hätte man verhindern können“ Oliver Stenzel im Interview mit Wolfram Wette	59
Appell an alle Seiten Bund für Soziale Verteidigung	61
Die Situation der Kirche in der Ukraine Dínko Aracíc / Stefan Federbusch OFM	62
Den Krieg aus der Geschichte der Menschheit tilgen Papst Franziskus	65
Stellungnahmen zum Ukraine-Krieg	66

Die Ukraine

Der Name Ukraine bedeutet „Grenzland“. Die Ukraine ist nach Russland mit gut 600.000 Quadratkilometern Fläche der zweitgrößte Staat Europas. Von Berlin bis nach Lwiv (Lemberg) sind es keine 1.000 Kilometer, weniger als nach Paris. Die Ukraine hat rund 43 Millionen Einwohnern. Seit dem Mittelalter wohnten in der Ukraine zahlreiche nichtukrainische Ethnien, die die Kultur und Geschichte des Landes prägten. Es waren Russen, Polen, Juden, Armenier, Deutsche und Griechen.

Das große Territorium wird nach naturräumlichen und historischen Kriterien in einzelne Regionen gegliedert. Die Westukraine umfasst Galizien (mit dem Zentrum Lemberg/ukr.: Lwiw), die Nord-Bukowina (Czernowitz/ukr.: Tscherniwzi) und die Karpato-Ukraine (Uschhorod). Zur Zentralukraine rechnet man Wolhynien, Podolien und das Gebiet des mittleren Dnjepr mit der Hauptstadt Kiew. Unter Südukraine versteht man das Gebiet nördlich des Schwarzen Meeres mit dem Hafen Odessa und der Halbinsel Krim. Die Teilregionen der Ostukraine sind der Donbass (Donezk), die Sloboda-Ukraine (Charkiw) und das Gebiet des unteren Dnjepr (Dniropetrowsk).

Die Ukraine ist ein Land im Umbruch. Wer die Ukraine bereist, wird immer wieder mit der reichen Vergangenheit konfrontiert und eine verwirrend bunte Gegenwart erleben. Lwiv ist das pulsierende Herz Galiziens, der Schmelztiegel unterschiedlicher Nationalliteraturen und -kulturen, Kiew wird seit dem Mittelalter »Mutter der russischen Städte« genannt. Die unterschiedliche Entwicklung dieser beiden Städte liegt in der Geschichte begründet und kann in besonderem Maße das Spannungsverhältnis zwischen West- und Ostukraine verdeutlichen. Aber auch die anderen Städte und Landschaften der Ukraine überraschen jede auf ihre Art: Cernivci, das ehemalige Czernowitz, in der Bukowina, eine „Gegend, in der Bücher und Menschen lebten“ (Paul Celan), die waldreichen Karpaten mit ihren romantischen Dörfern, die grenzenlose Weite des Dnjepr, die Steppen nördlich des Schwarzen Meeres und das weltoffene Odessa.

Das Gebiet des heutigen ukrainischen Staates bzw. seiner Teilregionen war im Laufe der Geschichte Bestandteil von mindestens 14 verschiedenen Staaten. Am 24. August 1991 erklärte die Ukraine ihre Unabhängigkeit. 1994 schließen die NATO, die EU und die Ukraine ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Im Budapester Memorandum verpflichten sich Russland, die USA und Großbritannien, die Souveränität und die Grenzen der Ukraine zu achten. Als Gegenleistung erklärt die Ukraine den Verzicht auf Nuklearwaffen. Im März 2014 besetzt Russland die Halbinsel Krim. Im April 2014 bringen Pro-russische Separatisten große Teile der ostukrainischen Gebiete Donezk und Luhansk unter ihre Kontrolle. Das Minsker Abkommen sorgt im Jahr 2015 für ein leichtes Abklingen der Gewalt, dennoch fallen bis Ende des Jahres 2021 13.000 Menschen den Gefechten zum Opfer. Das ukrainische Parlament beschließt 2019 mit großer Mehrheit die Verankerung der „strategischen Orientierung der Ukraine zum vollständigen Beitritt zur EU und der NATO“ in der Verfassung.

Der Krieg in der Ukraine

Eine Anfrage an die Friedensbewegung

Stefan Federbusch OFM

Am 24. Februar 2022 begann Russland einen Krieg gegen das Nachbarland Ukraine. Bis heute (Stand: Mitte April) ist kein Waffenstillstand in Sicht, geschweige denn ein Ende des völkerrechtswidrigen Vorgehens Russlands. Nachdem eine Einnahme der Hauptstadt Kiew nicht gelang, verlagerte Russland seine Aktivitäten in den Osten in das Separatistengebiet Donbass (mit Donezk und Luhansk) und in den Süden (Mariopol am Asowschen Meer und Odessa an der Schwarzmeerküste). Entgegen aller Beteuerungen, dass nur militärische Ziele angegriffen werden, zeugen die Zerstörungen von Wohnhäusern und sozialen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Kindergärten von Kampfhandlungen, die sich gegen die Zivilbevölkerung richten.

Einige Beobachtungen und Anmerkungen:

„Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit.“

Diese Erkenntnis hat sich bereits mit dem Eindringen russischer Panzer auf ukrainisches Gebiet und den ersten Kampfhandlungen bewahrheitet. Tagelang hatte Russland trotz der massiven Militärpräsenz im Grenzgebiet geleugnet, dass es einen Krieg gegen die Ukraine plant. „Russland will keinen Krieg in Europa“, ließ der russische Präsident Wladimir Putin immer wieder verlauten. Bis heute ist die Verwendung des Begriffs „Krieg“ in Russland verboten und verschleiern wird von einer „Spezialoperation zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine“ gesprochen. Die Frage der Wahrheit stellt sich auch in punkto Kriegsverbrechen. Die Ukraine verlangt eine Anklage der Verantwortlichen wegen Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung. Russland bestreitet, für

die erschossenen Zivilisten in Butscha verantwortlich zu sein und beschuldigt die Ukraine der Inszenierung. Unabhängige Untersuchungen werden die Tatbestände klären.

Emotionale Betroffenheit

Der Krieg in der Ukraine rührt uns emotional noch einmal anders an als die Kriege in Afghanistan und in Syrien. Dies liegt vermutlich zum einen an der größeren geografischen Nähe, die die Bedrohung höher erscheinen lässt, zum anderen in der Gefahr, dass es zu einer Eskalation kommt, die bis hin zum Einsatz von Atomwaffen reichen könnte. Für meine und weitere Generationen, die nie einen Krieg erlebt haben, wird ein solches Szenario plötzlich vorstellbar. Für die Älteren, die den Zweiten Weltkrieg noch mitbekommen haben, kommen beim Anschauen der Bilder aus der Ukraine, wo Menschen tagelang ohne ausreichend Wasser und Nahrung in ihren Kellern ausharren mussten, traumatische Erinnerungen hoch.

Geflüchtete erster und zweiter Klasse

Die Hilfsbereitschaft für die Menschen in der Ukraine und die Geflüchteten ist nicht nur in Deutschland enorm groß. Sach- und Geldspenden in Millionenhöhe versuchen die Not zu lindern. Viele sind bereit, Geflüchtete bei sich aufzunehmen. Mittlerweile ist allerdings mit Blick auf die Gesamtsituation von Flüchtlingen erster und zweiter Klasse die Rede. Während sich Geflüchtete beispielsweise aus Syrien und Afghanistan nicht frei in Deutschland bewegen dürfen, solange ihr Anerkennungsverfahren nicht abgeschlossen ist, genießen Geflüchtete aus der Ukraine Freizügigkeit in der Europäischen Union, können sich also in das Land ihrer Wahl begeben und sofort eine Arbeitstätigkeit aufnehmen. In der Diskussion zwischen Bund, Ländern und Kommunen um die Kostenübernahme und die finanzielle Unterstützung der Geflüchteten soll der Eindruck einer Zweiklassengesellschaft von Geflüchteten zwar unbedingt vermieden werden, es wird sich aber nicht leugnen lassen, dass auch innerhalb der Bevölkerung verschiedene Flüchtlingsgruppen unterschiedlich angesehen und bewertet werden. Die Zurückweisung der Geflüchteten an der polnisch-belarussischen Grenze hat diese Problematik in aller Deutlichkeit gezeigt. Da die Geflüchteten von Seiten Russlands und Belarus zur politischen Destabilisierung instrumentalisiert wurden – so zumindest der Vorwurf des Westens –, blieb die

Humanität auf der Strecke. Ähnlich problematisch gestaltet sich bis heute die Seenotrettung Geflüchteter im Mittelmeer.

Waffenlieferungen

Angesichts des unvorstellbaren Leids der (Zivil)Bevölkerung stellt sich die Frage, was moralisch als Beistand geboten ist. Bislang wurde die militärische Zurückhaltung Deutschlands mit der Erfahrung der Nazizeit und der daraus erwachsenen historischen Verantwortung begründet. Dies galt genauso für das Engagement für die Ukraine und die Maßgabe, keine Waffen in das Kriegsgebiet zu liefern, auch nicht zur Verteidigung. Nicht zuletzt bedingt durch die Erwartungshaltung der Ukraine und den zunehmenden Druck der anderen NATO-Staaten wird das Argument jetzt andersherum genutzt. Gerade aufgrund der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges müsse Deutschland der Ukraine Waffen liefern, um sich als souveräner Staat gegen den Aggressor verteidigen zu können. Dabei ist schwer abzuschätzen, ob Waffenlieferungen nicht mehr Schaden hervorbringen als die Entscheidung gegen solche.

Niemand – auch nicht aus der Friedensbewegung – bestreitet das Recht eines souveränen Staates, sich im Falle eines Angriffs zu verteidigen. Das ist völkerrechtlich durch die UN-Charta im Artikel 51 gesichert. In der Charta ist auch festgelegt, dass andere Staaten einem angegriffenen Land zu Hilfe kommen können und zwar auch mit Waffenlieferungen. Es ist Aufgabe des UN-Sicherheitsrates festzustellen, „ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt“ (Artikel 39). Da Russland dort sein Veto eingelegt hat, hat die UN-Generalversammlung am 2. März 2022 in ihrer Uniting-for-Peace-Resolution die russische Aggression mit 141 gegen 5 Stimmen bei 35 Enthaltungen verurteilt.

Angesichts der Situation kritisiert der Friedensforscher Heinz-Günther Stobbe eine strikt pazifistische Position: „Aber wer den Standpunkt vertritt, dass man auf keinen Fall, in keiner Situation und niemand zur Waffe greifen darf, um irgendwas zu tun, selbst wenn er sich nur verteidigen will, das halte ich grundsätzlich für falsch. Ich halte es auch für ethisch falsch. Und deswegen finde ich richtig, dass wir jetzt im Augenblick versuchen, dort die nötigen Waffen hinzubringen, damit die sich verteidigen können“ (Domradio-Interview am 10.03.2022).

Allerdings gibt es auch Stimmen, die dafür plädieren, um Menschenleben zu schützen, auf eine Verteidigung zu verzichten, angesichts eines übermächtigen Gegners zu kapitulieren und zu einem gewaltfreien Widerstand gegen die Besatzer überzugehen (vgl. den Beitrag von Thomas Nauerth). Derzeit zeichnet sich eher ab, dass sich der Konflikt nicht zuletzt durch Waffenlieferungen der NATO-Staaten militärisch länger hinziehen wird. Die Regierung der Ukraine fordert weitere Waffenlieferungen und setzt auf militärischen Widerstand, auch wenn dies viele weitere Menschenleben kosten wird.

Krieg gebiert Krieg

Mag der Anlass zum (Verteidigungs)Krieg auch noch so gerechtfertigt erscheinen, so ist Krieg mit Papst Franziskus gesprochen, immer eine Niederlage der Menschheit. In jedem Krieg geht die Verhältnismäßigkeit verloren und deshalb ist letztlich kein Krieg „gerecht“. Jeder Krieg bringt zahlreiche „Kollateralschäden“ mit sich, in seinem unmittelbaren Bereich und weit darüber hinaus. Durch den Ukrainekrieg werden in der Folge große Hungersnöte erwartet, da das UN-Welternährungsprogramm gut die Hälfte seiner Weizenlieferungen aus Russland und der Ukraine bezieht. Dieses Jahr werden weitaus weniger Getreidelieferungen zu stark erhöhten Preisen zur Verfügung stehen und somit weitaus weniger Menschen ernährt werden können. Die beiden Länder gelten als Kornkammern der Welt, die rund ein Drittel der Weizen-Exporte tätigen.

Verteidigungspolitik

Am 27. Februar 2022 beschloss der Deutsche Bundestag in einer Sondersitzung einen „Sonderposten“ in Höhe von 100 Milliarden Euro zur Landesverteidigung. Anders denn als Schnellschuss lässt sich diese Entscheidung kaum betiteln, allem Schrecken über den gravierenden Bruch des Völkerrechts durch Russland zum Trotz. Frohlocken werden zunächst einmal die Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes. Werden die Ausgaben umgesetzt, steigt Deutschland zum Land mit dem viertgrößten Militärhaushalt auf. Geld, das für wichtige andere Aufgabenfelder wie die Bewältigung der Klimakrise und der Reduzierung der sozialen Ungleichgewichte nicht mehr zur Verfügung steht. Es irritiert, wenn der katholische Militärbischof Franz-Josef Overbeck diese Ausgaben für „politisch und militärisch auf jeden Fall“ richtig hält (Publik-Form 25.03.2022, 30).

Bislang galt nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs die Devise „Nie wieder Krieg!“ Von Deutschland soll kein Krieg ausgehen und Deutschland soll durch eine restriktive Rüstungsexportpolitik dazu beitragen, keine Konflikte zu schüren. Dass zumindest letzteres nicht der Fall ist, verdeutlichen Jahr für Jahr die Rüstungsexportberichte. Deutschland liefert regelmäßig Waffen an kriegsführende Länder wie aktuell Saudi-Arabien, das in den Jemen-Konflikt involviert ist. Ein Großteil der Bevölkerung stand bislang für eine Pazifizierungspolitik und ist gegen eine zunehmende Militarisierung.

Weltweite Militarisierung

Grundsätzlich ist zu hinterfragen, ob eine zunehmende Militarisierung tatsächlich zu mehr Frieden führt oder nicht gegenteilig die Gefahr kriegerische Auseinandersetzungen schürt. Anstelle von Deeskalation und vertrauensbildenden Maßnahmen werden Feindbilder gefestigt und verstärkt. Militärische Eskalationsspiralen tragen ganz sicher nicht dazu bei, eine europäische Friedensarchitektur zu schaffen. Stattdessen droht ein erneuter jahrzehntelanger kalter Krieg. Es gilt, die Ursachen kriegerischer Auseinandersetzungen wahrzunehmen und Bedrohungsängste ernst zu nehmen, auch wenn sie aus der Perspektive des anderen unbegründet sein mögen. Es braucht die internationale Vernetzung und es braucht den politischen Willen zu Gewaltverzicht.

Anfrage an die Friedensbewegung

Frieden schaffen ohne Waffen – Frieden schaffen mit weniger Waffen – Frieden schaffen mit Waffen? Die aktuellen Entwicklungen stellen die pazifistischen Positionen der Friedensbewegung auf den Prüfstand. Dies gilt auch für die kirchlich Engagierten mit der Bezugnahme auf biblische Texte, insbesondere die jesuanische Friedensethik des Evangeliums. Der Friedensforscher Heinz-Günther Stobbe beispielsweise meint: „Ich persönlich glaube überhaupt nicht, dass das, was Jesus da gesagt und gemeint hat, ein universelles Prinzip politischer Ethik ist. Das haben schlaue Leute in der Geschichte auch schon gesagt: Mit der Bergpredigt kann man keinen Staat machen“ (Domradio-Interview am 10.03.2022). Andere dagegen halten mit Bezug auf die Bergpredigt an einer strikt gewaltfreien Option fest. Ist das pazifistische Ideal lediglich billiger Moralismus, eine „Schönwetter-Moral naiver Gutmenschen, die die Nah-Ethik der Nächstenliebe auf das Feld des Politischen ausweiten – und dabei übersehen,

dass es in der Politik um Selbsterhaltung, den Kampf ums Überleben geht“?
(Olivia Mitscherlich-Schönherr, FR 18.03.2022)

Wandel durch Handel - Sanktionen

Ernüchtert wird allenthalben festgestellt, dass sich die kapitalismusfreundliche Formel vom Wandel durch Handel nur bedingt bewährt. Letztlich beruht der Handel auf monetären Interessen, auch in totalitären Staaten. Das Thema „Menschenrechte“ wird zwar angesprochen, bleibt letztlich aber wirkungslos. Autokratische Systeme bzw. Herrscher sorgen dafür, dass im Laufe der Zeit sämtliche zivilgesellschaftliche Opposition systematisch ausgeschaltet wird. Dies gilt für die Medien ebenso wie für Organisationen, in Russland beispielsweise die Menschenrechtsorganisation „Memorial“. Mehrere namhafte internationale Nichtregierungsorganisationen, darunter deutsche parteinahe Stiftungen sowie die Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch mussten ihre Arbeit in Russland einstellen, da sie angeblich gegen russisches Recht verstießen.

Ob eine beabsichtigte Wirkung tatsächlich eintritt oder nicht die falschen trifft, stellt sich auch in der Frage der Sanktionen. Derzeit werden immer neue Sanktionspakete gegen Russland geschnürt. Ein Lenken der politisch Verantwortlichen werden sie kaum bewirken, möglicherweise im Gegenteil zu einer Verfestigung der Positionen beitragen. Auch ist fraglich, ob die leidende Bevölkerung die Kraft und den Willen hat, sich gegen ihre Führung aufzulehnen und für politische Veränderungen zu sorgen.

Die deutsche Regierung hat ein Embargo russischer Öl- und Gaslieferungen mit Blick auf die Folgen für die deutsche Wirtschaft bislang angelehnt. Olivia Mitscherlich-Schönherr hält dem entgegen, dass diesem energiepolitischen Kalkül das friedensethische Plädoyer für ein Embargo überlegen sei. Sie begründet dies damit, dass die derzeitige Wirtschaftsordnung auch bei uns den sozialen Frieden mittelfristig gefährdet und wir mit Blick auf die Klimakrise energiepolitische Alternativen brauchen. „Es käme darauf an, die wirtschaftliche Regression infolge eines Embargos als Anfang zu einer gerechten Post-Wachstums-Gesellschaft zu gestalten“ (FR 18.03.2022).

Kirchliches Friedenshandeln

Ihrem Auftrag gemäß, haben die christlichen Kirchen das Friedensethos Jesu zu verkünden. Erschreckend ist daher, wie Religionsführer Kriege religiös aufladen, überhöhen und nationalistisch rechtfertigen. Das Verhalten der russisch-orthodoxen Kirchenführung nennt Michal Strom einen „Akt des Unglaubens, eine Vereinnahmung Gottes als Kulturkampfkrieger“ (Publik-Forum, 25.03.2022, 10). Auch Papst Franziskus wurde anfangs kritisiert, nicht deutlich genug Position zu beziehen, was sich im Laufe der Kriegshandlungen verändert hat. Allerdings nennt er den Aggressor nicht direkt beim Namen, um die diplomatischen Kanäle offen zu halten.

Es bleibt die Frage, welche Chance das christliche Friedensnarrativ aktuell hat. Was bedeutet ein christlicher Pazifismus, wenn der bereits zitierte katholische Militärbischof Franz-Josef Overbeck auf die Frage: „War Jesus Pazifist?“ antwortet: „Im heutigen politischen Sinn würde ich das nicht sagen. Er hat sehr wohl Auseinandersetzungen angenommen. Aber Versöhnung – bis zur Hingabe – war für ihn das zentrale Motiv seines Handelns“ (Publik-Forum, 25.03.2022, 10). Anders dagegen der mennonitische Friedens- und Konfliktforscher Benjamin Isaak-Krauß: „Den Begriff gab es damals nicht, aber er ist aus den Seligpreisungen abgeleitet: selig sind die Friedensmacher, auf Lateinisch: pacifici. Jesus hat einen Weg aufgezeigt, den wir auch in der hebräischen Bibel kennen: Sicherheit entsteht aus kreativer, aktiver Gewaltfreiheit und massenhaftem Widerstehen“ (Publik-Forum 8.04.2022, 37).

Im wahrsten Sinne des Wortes spannende Zeiten für die Friedensbewegung, die zu einer Zerreißprobe werden können. Auf jeden Fall eine Herausforderung, die eigenen Positionen im Diskurs mit Gegenpositionen noch einmal kritisch zu hinterfragen, zu fundieren und anzuschärfen.

Stefan Federbusch ist Franziskaner. Er leitet das Exerzitienhaus – Franziskanisches Zentrum für Stille und Begegnung in Hofheim, ist Mitglied der Provinzleitung sowie der Provinzkommission für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sowie Redaktionsleiter der Zeitschriften FRANZISKANER und TAUWETTER.

Putins Krieg, Russlands Krise

Andreas Zumach

Über Opfer und Täter gibt es keine Zweifel. Im Fall des russischen Angriffskriegs gegen die souveräne Ukraine ist das Völkerrecht eindeutig. Ob Putin vor einem internationalen Straftribunal landen wird, weiß man nicht. Aber politisch wird er seinen Pyrrhus-Krieg mit großrussischen Zielen kaum überleben können.

Ein Angriffskrieg ist per se völkerrechtswidrig. Aber die russischen Streitkräfte, die am 24. Februar 2022 in die Ukraine einmarschiert sind und das Land bombardieren, haben bereits in den ersten zehn Tagen auch gegen die Regeln des humanitären Völkerrechts verstoßen, die einen größtmöglichen Schutz der Zivilbevölkerung während des Kriegsgeschehens gewährleisten sollen.

Die Angriffe richten sich zunehmend gegen Wohnviertel, zivile Infrastrukturen wie Strom-, Gas- und Wasserleitungen und vor allem auch Krankenhäuser. Wenn sich die Kampfhandlungen lange hinziehen, könnten ukrainische Städte dasselbe Schicksal erleiden wie Grosny, das 1995 im Ersten Tschetschenienkrieg von russischen Streitkräften weitgehend zerstört wurde.

Weil die Menschen einer humanitären Katastrophe entkommen wollen, ist eine weitere Katastrophe bereits in vollem Gange: Nach zwölf Kriegstagen waren bereits über 1,5 Millionen Menschen, vorwiegend Frauen und Kinder, aus der Ukraine in die Nachbarländer Polen, Slowakei, Ungarn und Rumänien geflohen. Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) geht davon aus, dass der Krieg am Ende mindestens 4,5 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertreiben könnte.

Wann dieses Ende kommen wird – und mit welchem Ergebnis –, ist derzeit nicht vorhersehbar. Fest steht dagegen, wer diesen Krieg vom Zaun gebrochen

hat. Der russische Präsident hat nicht nur den Angriffsbefehl gegen die Ukraine gegeben, Putin hat die Invasion auch von langer Hand vorbereitet, wozu auch Lügen und systematische Täuschungsmanöver gehörten.

Westliche Diplomaten und hochrangige Gesprächspartner wie Präsident Macron und Bundeskanzler Scholz, die sich in den Wochen vor dem Angriff in direkten Gesprächen mit Putin und seinem Außenminister Lawrow um eine Deeskalation bemühten, wurden „eiskalt belogen“ und „ausgetrickst“, wie es die deutsche Außenministerin aufdrückte.

[...]

Vor allem Lawrow hatte mehrfach versichert, ein Angriff auf die Ukraine sei „nicht geplant“. Dagegen wurden die Warnungen der US-Geheimdienste, die von der Biden-Administration ungewöhnlich offen kommuniziert wurden, als „bloße Hysterie“ abgetan.

Putin hat aber nicht nur „den Westen“ vor den Kopf gestoßen. Auch in der UNO ist Russland komplett isoliert. In der 77-jährigen Geschichte der Weltorganisation ist das noch keinem ständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrats passiert. In dem 15-köpfigen Gremium schaffte es Moskau zwar noch, bei einer Dringlichkeitssitzung in der Nacht zum 26. Februar die Verabschiedung einer Resolution mithilfe seines Vetorechts zu verhindern. Aber die russische blieb die einzige Gegenstimme.

Das Scheitern der Ukraine-Resolution im Sicherheitsrat führte allerdings zu einer Dringlichkeitssitzung der UN-Generalversammlung, auf der am 2. März von den 193 Mitgliedstaaten 141 – also fast eine Dreiviertelmehrheit – für eine Resolution mit dem Titel „Aggression gegen die Ukraine“ stimmten. Die Resolution fordert einen „sofortigen Waffenstillstand“, gefolgt von einem „bedingungslosen und vollständigen Rückzug aller russischen Streitkräfte vom Territorium der Ukraine innerhalb seiner international anerkannten Grenzen“.

[...]

Ernst zu nehmen ist auch die russische Kritik an Fehlentscheidungen und Versäumnissen der westlichen Staaten seit dem Ende des Kalten Kriegs und

insbesondere an der Tatsache, dass diese ihre – wenn auch nicht schriftlichen – Zusagen an Moskau, die Nato nicht nach Osten zu erweitern, nicht eingehalten haben. Auch im Westen hat sich also die politische Klasse nicht gescheut, mit Unterstützung der Mainstream-Medien eine Klitterung der Europäischen Geschichte seit 1989 zu betreiben. Jedoch können all diese historisch relativierenden Hinweise Putins Krieg gegen die Ukraine in keiner Weise rechtfertigen oder entschuldigen.

[...]

Mit der Invasion in die Ukraine demonstrieren „die großrussischen Kräfte in Moskau“ nicht nur, dass sie sich durchgesetzt haben. Sie zeigen auch, dass sie zu vormals unvorstellbaren Risiken bereit sind. Wie steht es angesichts dessen um die „Entscheidungsfähigkeit“ des westlichen Bündnisses?

Nach Artikel 51 der UN-Charta hat die von Russland angegriffene Ukraine das Recht auf militärische Selbstverteidigung. Desgleichen erlaubt die Charta eine militärische Unterstützung durch Streitkräfte anderer Staaten, wenn diese von der Kiewer Regierung erbeten wird. Das wird allerdings nicht geschehen. Für die Nato-Staaten scheidet diese Option angesichts des Risikos einer nuklearen Eskalation aus. Aus demselben Grund wird auch die Einrichtung einer Flugverbotszone über der Ukraine abgelehnt: „Um diese durchzusetzen, müssten wir ja notfalls russische Flugzeuge abschießen“, erklärte der britische Premierminister Boris Johnson am 1. März auf einer Pressekonferenz.

Jenseits der von der EU, den USA und anderen Staaten verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Russland sind daher Waffenlieferungen an die ukrainischen Streitkräfte das einzige Mittel, um der Ukraine militärisch beizustehen.

Eine EU-Perspektive für die Ukraine

Am vielleicht gefährlichsten für Putins Autorität und Macht könnten sich die kontraproduktiven Folgen seines Angriffs in der Ukraine selbst erweisen. Dort hat der Krieg dem Nationalbewusstsein einen gewaltigen Wachstumsschub gegeben, der irreversibel erscheint. Damit hat Putin die durchaus nicht abgeschlossene Identitätsbildung in der Ukraine gefördert und besiegelt – und mit antirussischen Gefühlen aufgeladen.

Auch das ist eine Premiere: Nation-Building mit militärischen Mitteln – und dem Ergebnis, aus einem historischen Brudervolk einen historischen Feind zu schaffen...

Eine nachhaltige, dauerhafte und möglichst spannungs- und störungsfreie Friedensordnung auf dem eurasischen Kontinent kann und wird es nicht geben ohne Russland und schon gar nicht gegen Russland. Dafür spricht alle historische Erfahrung nicht nur aus den bald 33 Jahren seit dem Fall der Berliner Mauer, sondern mindestens seit Anfang des 19. Jahrhunderts. Nur wenn der Westen diese historische Erfahrung endlich akzeptiert und seine seit dem „Sieg im Kalten Krieg“ anhaltende Hybris überwindet, besteht für eine derartige Friedensordnung eine realistische Chance.

Realpolitisch ist aber auch davon auszugehen, dass Putin vorläufig Russlands Präsident bleiben wird und daher derjenige ist, mit dem nach Beendigung des Ukraine-Kriegs zumindest über die ersten Bausteine für diese Friedensordnung zu verhandeln ist.

Dazu gehören all die Maßnahmen im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie vertrauensbildende und auf Transparenz zielende Schritte, zu denen sich die Nato und die USA in ihren Antworten auf die Vorschläge und Forderungen Putins von Anfang Dezember letzten Jahres bereits grundsätzlich bereit erklärt haben.

Unverzichtbar ist zumindest auch ein Moratorium der Nato mit Blick auf eine Aufnahme der Ukraine und weiterer Staaten. Stattdessen sollte den Ukrainern eine beschleunigte Perspektive in der Europäischen Union angeboten werden. Das wäre eine späte Korrektur der Fehlentwicklung in den 1990er Jahren, als die Nato-Mitgliedschaft den mittelosteuropäischen Staaten angeboten wurde als Ersatz und – in den Worten von Peter Glotz – „Notstopfen“ für einen raschen Beitritt in die Europäische Union.

Für eine künftige Friedensordnung müssen auch einvernehmliche Verfahren vereinbart werden – etwa international organisierte und überwachte Abstimmungen, die zu einer Rückgabe der Krim und der Donbass-Provinzen sowie zu einem Abzug aller russischen Truppen aus den abtrünnigen Provinzen

Georgiens und Moldawiens führen, verbunden mit einem Autonomiestatus für die umstrittenen Gebiete.

...

Dringend erforderlich ist daher eine langfristig angelegte und klimafreundliche Energiepartnerschaft mit Russland – etwa durch die Produktion von grünem Wasserstoff in Russland, der durch die bestehenden Pipelines nach Westeuropa exportiert werden könnte.

Das wäre auch notwendig, um die fatale Abhängigkeit der russischen Volkswirtschaft von der Exploration und dem Verkauf fossiler Energien in den nächsten 20 Jahren deutlich zu reduzieren. Ansonsten wird Russland und werden wir alle auf unserem gemeinsamen eurasischen Kontinent die Pariser Klimaziele krachend verfehlen.

Andreas Zumach ist Journalist und Autor. Von 1988 bis 2020 war er UN-Korrespondent der taz und anderer Medien in Genf; zuletzt erschien: „Reform oder Blockade – welche Zukunft hat die UNO?“, Zürich (Rotpunkt) 2021.

Quelle: Le Monde diplomatique vom 10.03.2022, gekürzt

Rede bei der Kundgebung zur Beendigung des Ukraine-Krieges am 5. März 2022 in Landshut

Clemens Ronnefeldt

Liebe Friedensbewegte,

an den Anfang meiner Rede möchte ich ein Gedenken in Stille setzen – und an all die Menschen in der Ukraine denken, die in dieser Stunde jetzt Opfer der russischen Invasion sind – und es seit dem 24. Februar 2022 geworden sind.

(Stille)

Diese Rede ist für mich keine Rede, wie ich schon viele gehalten habe – sie ist meine schwerste Rede überhaupt in einer der bittersten Stunden Europas. [...]

Für diejenigen, die mich nicht kennen, möchte ich einige persönliche Worte zu mir sagen. Ich bin Jahrgang 1960 und bin sechs Jahrzehnte im Frieden aufgewachsen.

Mein Vater, Jahrgang 1925, wurde an seinem 17. Geburtstag 1942 von den Nazis abgeholt und nach Russland transportiert. Hitlers Wehrmacht tötete rund 27 Millionen Menschen in der Sowjetunion, davon allein 8 Millionen in der Ukraine. Mein Vater kam verwundet und traumatisiert aus diesem Krieg – und konnte erst gegen Ende seines Lebens mit mir darüber sprechen. Wir waren uns einig: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Seit 1992 bin ich Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, einer Organisation, die 1914 zur Verhinderung des 1. Weltkrieges gegründet wurde und sich in 50 Staaten weltweit mit

rund 100 000 Mitgliedern gegen Krieg und Unrecht – und für Gerechtigkeit und Frieden einsetzt.

In meinen ersten Berufsjahren habe ich rund neun Monate während der Balkankriege ab 1992 in Flüchtlingslagern verbracht, nachts im Zelt die Einschläge von Granaten der nahegelegenen Front gehört – und dann am nächsten Tag Programme für Kinder und Jugendliche gestaltet.

Auch wenn ich hier und heute im sicheren Landshut bin, kann ich aus diesen Erfahrungen heraus etwas erahnen, welche Hölle die Menschen derzeit in der Ukraine durchleben.

Ich beginne mit meinem wichtigsten Punkt:

Wie kann der Krieg gestoppt und weiteres menschliches Leid in der Ukraine verhindert werden?

Wenn ich in den letzten Tagen morgens aufgewacht bin und mir der Krieg bewusst wurde, wünschte ich mir, es wäre ein Albtraum gewesen – und nicht die Realität, die wir gerade erleben.

Die Ukraine wurde völkerrechtswidrig von der russischen Armee unter Führung von Wladimir Putin angegriffen – der sich für diesen Angriffsbefehl mit all seinen brutalen Folgen für die ukrainische Zivilbevölkerung hoffentlich bald vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag vor einem Kriegsverbrechertribunal zu verantworten hat.

Nach Artikel 51 der UN-Charta hat die Ukraine das Recht auf Selbstverteidigung, zunächst bis zum zügigen Zusammentreffen des UN-Sicherheitsrates. Der hat inzwischen getagt. Eine Resolution mit einer klaren Verurteilung der Aggression kam wegen des russischen Vetos nicht zustande. Dieser Vorgang zeigt erneut, wie reformbedürftig der UN-Sicherheitsrat ist – und wie überfällig die Abschaffung des Veto-Rechts der permanenten fünf Atomwaffen-Mitgliedsstaaten.

Nach den Terrorattacken des 11. September 2001 mit rund 3000 Toten rief die US-Führung einen „Krieg gegen den Terror“ mit der Begründung der

Selbstverteidigung aus, dem nach Angaben der fünf führenden deutschen Friedensforschungsinstitute in ihrer Sonderstellungnahme zum aktuellen Friedensgutachten bis 2021 rund 900 000 Menschen in Afghanistan, Irak und anderen Ländern zum Opfer gefallen sind – verbunden mit materiellen Schäden in Höhe von rund 8 Billionen US-Dollar.

Haben die letzten 20 Jahre in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen oder Mali nicht allesamt gezeigt, dass militärisches Eingreifen keines der zuvor selbst erklärten Ziele erreichen konnte – sofern diese Ende der Gewalt, Sicherheit oder Stabilität hießen? Haben Waffenlieferungen in all diese Brandherde der letzten zwei Jahrzehnte die jeweiligen Kriege nicht verlängert statt sie zu beenden?

Meine große Sorge ist, dass der Ukraine-Krieg diese Serie gescheiterter militärischer Gegenmaßnahmen verlängert - mit unendlich großem Leid für die Zivilbevölkerung.

Ich weiß aus sicherer Quelle, dass es bereits jetzt viele russische Deserteure gibt, die sich geweigert haben, auf Menschen in der Ukraine zu schießen – und möchte die Verantwortlichen der Europäischen Union ermutigen, die russischen Soldaten in der Ukraine zur Befehlsverweigerung aufzurufen, und – sofern diese Soldaten bisher nicht an Kriegsverbrechen beteiligt waren oder Menschen getötet haben – Asyl in europäischen Ländern zu gewähren.

In einer zweiten Verhandlungsrunde konnten sich diese Woche die jeweiligen Delegationen auf humanitäre Korridore einigen, um Verletzte zu versorgen und die Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln und Medikamenten zu versorgen.

Sollte die russische Armee und politische Führung diese Zusage weiterhin nicht zulassen, wäre dies einer der Gründe zur Anklage gegen Wladimir Putin vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag, das die Ermittlungen aufgenommen hat.

Die Wirklichkeit ist derzeit wie sie ist – und ich möchte eine Stimme zu Wort kommen lassen, die sich den Realitäten stellt. Es ist Marcel Röthig, Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Ukraine und der Republik Moldau. Zuvor war er für die Friedrich-Ebert-Stiftung u.a. in der Russischen Föderation und als Repräsentant für Belarus tätig. Er kennt also die beteiligten Konfliktsei-

ten wie kaum eine andere Person. In einem Interview vom 1. März 2022 stellt er folgende Überlegungen an:

„Aus jeder Krise und jedem Krieg kommt man nur mit Verhandlungen raus. Auch der jetzige Krieg wird sich nur mit Verhandlungen beenden lassen. Andernfalls wiederholt sich eine Entwicklung, die wir auf jeden Fall vermeiden wollen, nämlich die eines zweiten Afghanistans der 1980er Jahre oder des Iraks 2003 – nur diesmal an der EU-Außengrenze. Das wäre dann eine Situation, in der westliche Partner jahrelang Waffen in den Konflikt liefern und Russland in einem Abnutzungskrieg gezwungen wird. Das ist in niemandes Interesse, nicht Russlands oder des Westens und erst recht nicht der Ukraine. (...)

Röthig: Aus meiner Sicht gibt es jetzt zwei mögliche Szenarien.

Erstens: Es kommt zu einer schnellen Übereinkunft zwischen Russland und der Ukraine, einem Kompromiss, der beide Seiten gesichtswahrend aus der Lage herauskommen lässt.

Das hieße für Russland, dass es seine erklärten Kriegsziele als erreicht betrachten könnte. Zum einen eine Entmilitarisierung der Ukraine, die alleine schon dadurch erreicht ist, dass in den letzten Tagen sehr viel an militärischem Potential des Landes zerstört worden ist. Dies eventuell verbunden mit der Versicherung der Ukraine, dass die Armee nicht mehr in dem Maße aufgerüstet bzw. keine westlichen Militärhilfen angenommen werden oder auch auf bestimmte Kalibergrößen verzichtet wird. Zum anderen ein Verzicht der Ukraine auf die NATO-Mitgliedschaft jetzt und in Zukunft. (...)

Gleichwohl gälte für dieses Szenario, dass derjenige, der diese Übereinkunft unterschreibt, innenpolitisch massiv unter Druck kommt. Blicke Selenskyj im Amt, wäre er vermutlich den Angriffen der Opposition ausgesetzt, die ihn des Ausverkaufs der Ukraine beschuldigen würden. (...) Es wäre ein Szenario, dass der Ukraine ein massives Blutvergießen ersparen könnte, sie aber innenpolitisch vor enorme Spaltungen stellen würde.

Das zweite Szenario wäre, dass es zu keiner Übereinkunft kommt, weil Russland auf Maximalforderungen besteht, die die Ukraine schlicht nicht eingehen kann. In der Folge kommt es zu einem langen, schlimmen Abnutzungskrieg mit zahlrei-

chen Opfern auf beiden Seiten, mit Millionen Flüchtlingen, mit einem zerstörten Land und einem sich immer weiter vertiefenden Spalt zwischen Russland und dem Westen. Das ist sicherlich der schlimmstmögliche Fall.

Natürlich kann es noch zu gänzlich unerwarteten Entwicklungen kommen. Beispielsweise, dass man das Minsker Abkommen doch nochmal zum Tragen kommen lässt. Donezk und Luhansk erhielten einen Sonderstatus oder es käme zu einer Föderalisierung der Ukraine. Das wäre auch für Russland praktisch, da es mit den beiden Gebieten dann weiterhin Einfluss auf die Ukraine hätte.

Viele Dinge sind in den Verhandlungen noch möglich. Man sollte nie die Möglichkeit einer diplomatischen Lösung ausschließen, auch wenn sie nur unter der Bedingung noch unvorstellbarer Konzessionen beider Seiten zustande kommen kann. Letztlich kann auch Russland kein Interesse an einer wachsenden Zahl gefallener Soldaten, einem wirtschaftlichen Zusammenbruch und zunehmenden innenpolitischen Spannungen haben“.

Soweit Marcel Röthig, der derzeit Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Ukraine und der Republik Moldau ist.

Ziviler Widerstand in der Ukraine

In der Ukraine gibt es eine starke Befürwortung gewaltfreien Widerstandes, der zu einem baldigen Kriegsende beitragen kann:

[...]

Was ist im Verhältnis zwischen NATO und Russland – und auch in Deutschland zur Deeskalation und für ein mehr an Frieden notwendig?

Wenn ich hier in die Gesichter vor mir sehe, gibt es viele, die wie ich den Fall der Berliner Mauer 1989 und die deutsche Einheit erlebt haben.

Wladimir Putin zog aus Dresden mit rund 400 000 russischen Soldaten ab. Eine Weltmacht kollabierte, ohne einen Schuss abzugeben. Die NATO-Ost-

erweiterung – entgegen mündlicher Zusagen 1990 an Moskau - habe ich von Anfang an für einen schwerwiegenden Fehler gehalten, weil sie den eisernen Vorhang lediglich an die russische Westgrenze verlegt hat, statt die Chance auf ein gemeinsames Haus Europa mit Russland zu ergreifen.

Im OSZE-Schlussdokument von 1999 wurde in Istanbul von der russischen Föderation, der Ukraine, den USA, Deutschland und vielen anderen Staaten unterzeichnet, dass jedes Land das Recht auf Bündnisfreiheit hat. Gleichzeitig unterzeichneten alle Vertragspartner, dass kein Staat seine Sicherheit auf Kosten eines anderen Staates ausweiten darf. Den ersten Punkt betonten die NATO und die Ukraine, den zweiten Russland.

In einer vernetzten Welt kann es nur gemeinsame Sicherheit geben – aber nicht mehr Sicherheit gegen andere, sonst droht die Selbstzerstörung unseres Planeten Erde. Was ich für jetzt notwendig halte, ist ein Paradigmenwechsel: Weg von der Sicherheitslogik hin zur Friedenslogik. Die enorme Aufrüstung der Ukraine in den letzten Jahren hat dem Land offenbar nicht mehr Sicherheit gebracht, weil sie auf der russischen Seite Unsicherheit ausgelöst hat.

Zwei Jahre nach seinem Amtsantritt als russischer Ministerpräsident im Jahr 1999, dem Jahr des Istanbul OSZE-Abschlussdokumentes, der Aufnahme von Polen, Tschechien und Ungarn sowie des Kosovo-Jugoslawienkrieges, hielt Waldimir Putin 2001 eine Rede im deutschen Bundestag mit anschließenden stehenden Ovationen, bei der er sein großes Interesse an Europa bekundete, zu dem er und Russland gehören wollten.

Sechs Jahre später war im Jahre 2007 seine Brandrede auf der Münchner Sicherheitskonferenz zu hören; er warnte eindringlich vor einer weiteren NATO-Osterweiterung. 2008 wurde auf dem NATO-Gipfel in Bukarest dennoch der Grundsatzbeschluss der NATO gefasst, die Ukraine und Georgien in das westliche Militärbündnis aufzunehmen – auf Druck Deutschlands und Frankreichs ohne Zeitangabe.

2014 erfolgte die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, mit der Wladimir Putin offensichtlich den russischen Marinestützpunkt Sewastopol sichern wollte, zu dem es ein Stationierungsabkommen mit der ukrainischen Regierung gibt. Seit acht Jahren gibt es Kämpfe im Donbas, seit sieben Jahren hätte das

Minsk-II-Abkommen umgesetzt werden können – u.a. mit einem Autonomiestatus für die Separatistenregionen.

Der Krieg in der Ukraine ist auch das Resultat von Versäumnissen diplomatischer Hartnäckigkeit bei der Deeskalation eines sich immer mehr verschärfenden Konfliktes – bei gleichzeitiger Unterschätzung der Gefahren, die in der Persönlichkeitsstruktur von Wladimir Putin lagen und liegen.

Und jetzt?

Ja, die Menschen in der Ukraine brauchen Schutzhelme, Schutzwesten und in tatkräftiger Solidarität jede nur mögliche Unterstützung medizinischer und humanitärer Art. Sammelstellen gibt es in vielen Städten, so z.B. in München.

Haben Waffenlieferungen nicht in der Vergangenheit gezeigt, dass sie in Afghanistan, Syrien oder Libyen zu noch mehr Leid und Elend in der Zivilbevölkerung führen, Kriege verlängern und verwüstete Länder zurücklassen in vieljährigen Abnutzungskriegen?

Meine große Sorge ist: Wird sich die Ukraine einreihen in die Reihe der Länder, in denen in den letzten Jahren durch militärische Gegenmaßnahmen unermessliches Leid über die jeweiligen Zivilbevölkerungen gekommen ist?

Zeigen nicht Friedensgruppen in der Ukraine, dass es eine hohe Bereitschaft der Zivilbevölkerung zur zivilen Verteidigung ihres Landes gibt, die Menschenleben sowie Städte und Gemeinden vor der Zerstörung retten könnten?

Da die Geographie nicht verändert werden kann, bleiben sowohl die Ukraine als auch Russland Teil von Europa. Es wird eine Nach-Putin-Zeit geben, von der ich hoffe, dass nicht Oligarchen den Ton angeben, sondern mutige Menschen in Russland, die in mehreren hundert Städten gegen diesen Krieg demonstriert haben.

Eine große Frage, die nach Ende eines hoffentlich baldigen Waffenstillstandes und Friedensverhandlungen ansteht, ist, wie die Menschen in der Ukraine sich ihre Zukunft nach diesem Krieg vorstellen – und ob sie in einer

Nach-Putin-Zeit sich eine Rolle als Brückenland zwischen der EU und Russland noch ausmalen können - ohne sich komplett für eine Seite zu entscheiden.

Einige Sätze möchte ich speziell zur Bundesregierung sagen:

Als Demokrat macht mir die Art und Weise der Verkündung des 100-Milliarden-Euro-Bundeswehr-Sondervermögens, das ein Sonder-Schuldenprogramm ist - ohne vorherige Absprachen und parlamentarische Gremienarbeit - große Sorge.

Ist nicht im Jahr 2021 der rund 13 Milliarden Euro teure Afghanistan-Einsatz gescheitert – und steht nicht auch der Bundeswehr-Mali-Einsatz vor dem erfolglosen Ende? Wo haben in den letzten 20 Jahren Milliarden an Euro oder Dollar für das Militär irgendwo zu Stabilität, Sicherheit oder einem Ende der Gewalt geführt?

Wir brauchen keine neuen atomwaffenfähigen Kampfflugzeuge, sondern die Unterschrift der Bundesregierung unter den Atomwaffenverbotsvertrag!

Wir brauchen keine bewaffneten Drohnen, sondern den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft mit einem massiven Ausbau erneuerbarer Energien und der Reduzierung von der Abhängigkeit klimazerstörender Energieträger!

Die aktuell diskutierte Verlängerung der Laufzeiten von Kohle- und Atomkraftwerken ist ein Weg in die Sackgasse und ein Angriff auf eine lebenswerte Zukunft nachfolgender Generationen! Diese Politik hat die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der Ampelkoalition nicht gewählt!

Was wir aktuell friedenspolitisch brauchen, ist die Erhöhung des OSZE-Budgets, den Ausbau ziviler diplomatischer Frühwarnsysteme sowie ziviler Friedensdienste generell.

Die Alternative zu Militäreinsätzen heißt nicht Passivität, sondern aktive zivile Friedensarbeit auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen, von hochrangigen zivilen Kriseninterventionsteams bis zu bilateralen Städte- und Gemeindepartnerschaften z.B. zwischen Deutschland und Russland.

[...]

Enden möchte ich mit Martin Luther King jr., einem von sechs Personen des Internationalen Versöhnungsbundes, die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden. Er sagte:

„Dunkelheit kann Dunkelheit nicht vertreiben, das kann nur Licht. Hass kann Hass nicht vertreiben, das kann nur die Liebe.“

Ich danke Euch und Ihnen fürs Zuhören.

Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes

Die Wiedergabe ist aus Platzgründen stark gekürzt.

Die gesamte Rede ist dokumentiert unter:

<https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/014094.html>

Rückschau: Das Friedensgutachten 2014 der führenden deutschen Friedensforschungsinstitute

Die Presseerklärung vom 03. Juni 2014 in Berlin
enthielt folgende Aussagen zum Thema Ukraine:

Friedensforscher fordern:

Das Friedensprojekt Europa ist nicht zu Ende – es ist zu stärken

Die Ukraine-Krise

Die Politik der Europäischen Union, mit dem Assoziierungsabkommen die Ukraine faktisch vor ein Entweder-Oder zu stellen, war ein folgenreicher Fehler. Weder berücksichtigte sie die fragile Situation dieses regional und kulturell gespaltenen Landes noch bewies sie besondere Sensibilität gegenüber Russland. Als sich die EU mit der Opposition auf dem Maidan gegen das Regime solidarisierte, mit dem sie zuvor einen Vertrag abschließen wollte, vertiefte sie die innenpolitische Polarisierung und schloss sich selbst als Mediator und Konfliktbearbeiter aus.

Wir fordern eine Neuausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Die EU muss alles tun, um eine Vertiefung der Grenzen in Europa bis hin zu einer neuen Blockbildung zu verhindern. Ziel muss vielmehr eine selbstbestimmte Ukraine als verbindende Brücke zwischen EU und Russland sein. Das erfordert ein hohes Maß an nationaler Versöhnung und Integration. Die Runden Tische unter Vermittlung des OSZE-Sondergesandten Wolfgang Ischinger sind ein guter Anfang. Runde Tische sollten auch auf dezentraler Ebene eingerichtet werden. Zudem empfehlen wir der Bundesregierung, sich über Genf II hinaus für eine Kontaktgruppe aus den fünf Ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheits-

rates plus Ukraine, Polen und Deutschland einzusetzen. Aber auch die zivilgesellschaftlichen Kräfte sind in der Krise herausgefordert. Allen voran appellieren wir an die Kirchen sowie an die Konferenz der Europäischen Kirchen in Brüssel, ihren Einfluss für einen Gewaltverzicht und Verhandlungslösungen geltend zu machen.

Für eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur

Die Europäische Union bleibt in mehrfacher Hinsicht ein Friedensprojekt. Es gilt, sie gegen Tendenzen zur Renationalisierung zu festigen und ihr Demokratiedefizit abzubauen. Und bis heute blieben alle Pläne für eine gemeinsame Sicherheit im „gemeinsamen Haus Europa“ unvollendet. Schon der russisch-georgische Krieg vom August 2008 um die Provinzen Südossetien und Abchasien hat offenbart, wie unzureichend die Instrumentarien der EU zur Regelung von Konflikten in ihrer östlichen Nachbarschaft sind. Will die EU warten, bis weitere „eingefrorene Konflikte“ wie in Transnistrien und Berg Karabach auftauen? Dass die NATO 2008 Georgien und der Ukraine einen Beitritt in Aussicht stellte, hat das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen beschädigt. Auch den Dialog mit Russland über die Raketenabwehr auszusetzen, setzte ein falsches Signal.

Europa hat vom August 1914 gelernt: Niemand erwägt ernsthaft, Russland militärisch entgegenzutreten. Doch ist die Rückkehr zu traditioneller Großmachtspolitik, die sich mit dem Recht des Stärkeren über multilaterale Vereinbarungen und das Völkerrecht hinwegsetzt, nicht zu akzeptieren. Wie der Verzicht auf Konfrontation, die Durchsetzung des Rechts und das Festhalten am Dialog zusammengehen, kennzeichnet den Kern einer neuen Russlandpolitik, für die es noch keinen Kompass gibt.

Ob dies mit einer revitalisierten OSZE gelingt oder mit einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur, bleibt eine offene Frage. Nicht nur Russland, auch der Westen hat die OSZE marginalisiert, indem er einseitig auf die NATO und die „Koalitionen der Willigen“ setzte. Wir halten es für erforderlich, die OSZE künftig wieder stärker als integrativen Akteur „ins Feld zu führen“ – insbesondere dann, wenn es um Konfliktverhütung und Krisenbewältigung geht, wozu sie eine Reihe von Instrumenten entwickelt hat. In der gegenwärtigen Situation verbleibt vor allem, auf Dialog, Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und bilaterale Bemühungen um eine Stabilisierung der Ukraine zu setzen. (...)

„Die Perspektive des Evangeliums fehlt“

Stellungnahme zur Erklärung der deutschen Kommission „Justitia et Pax“ zum Krieg gegen die Ukraine vom 26. März 2022

Josef Freise, Thomas Nauerth, Stefan Silber, Egon Spiegel

[Die Erklärung ist hier aus Platzgründen nicht abgedruckt.

Sie findet sich unter: https://www.justitia-et-pax.de/jp/aktuelles/20220328_Krieg-gegen-die-Ukraine.php]

1. Kirche hat nach dem Hirtenwort „Gerechter Friede“ der deutschen Bischöfe den „Auftrag, mitten in der Welt des ächzend-stöhnenden gewaltbewehrten Friedens einen größeren, „messianischen“ Frieden zu leben, der nicht auf Gewalt, sondern auf Vertrauen baut und so alle, welche den wahren Frieden suchen, faszinieren kann.“ (GF 162) Sie hat diesen Auftrag, so wird betont, nicht aufgrund eines Zeitgeistes, sondern „vom Herrn“.

Die Unterzeichner hätten sich gewünscht, in der Erklärung der bischöflichen Kommission „Justitia et Pax“ mehr von diesem größeren, messianischen Frieden zu spüren. Aus unserer Sicht dominiert der weltlich ächzend-stöhnende gewaltbewehrte Frieden die Ausführungen. Die Erklärung spricht immer wieder von einem „wir“, zum Beispiel davon, dass „wir“ uns auf eine „lange Zeit grundlegender konfrontativer Auseinandersetzung mit der russischen Föderation“

einzustellen haben. Hier wird schlaglichtartig die (aus unserer Sicht falsche) Perspektive deutlich, in der die Erklärung denkt. Es ist die Perspektive der Politik, es geht um das politische „Wir“ Deutschlands. Die katholische Kirche, auch die in Deutschland, steht keineswegs vor einer Zeit „grundlegender Auseinandersetzungen mit der russischen Föderation“. Ihre Aufgabe wäre es im Gegenteil, sollte es politisch dazu kommen, diese Auseinandersetzung nach Kräften zu mindern, so zumindest die Vision des Hirtenwortes „Gerechter Friede“: „Mitten in einer Welt voll Krieg und Gewalt kann die Kirche nicht als Sakrament des Friedens wirken, wenn sie sich anpasst. Diese Welt braucht keine Verdoppelung ihres Unfriedens durch eine Religion, die zu allem Ja und Amen sagt.“ (GF 164)

2. Weithin liest sich die Erklärung wie eine politische Analyse. Kant wird als Maßstab genannt, die biblische Botschaft nicht; die Perspektive des Evangeliums fehlt. Die Frage, was für einen Sinn eine Wiederholung üblicher politischer Einschätzungen durch eine bischöfliche Kommission ergibt, drängt sich auf. Die dabei getroffenen Urteile werden zudem nicht durch Belege transparent und nachvollziehbar gemacht. Einem regelmäßigen Zeitungs- und Nachrichtenkonsumenten werden viele Einschätzungen bekannt und vertraut

vorkommen. Ob sie richtig sind, ist damit aber noch lange nicht erwiesen. Einige Rückfragen können die Problematik so mancher Aussage zeigen:

** „Der Angriff auf die Ukraine ist nicht einfach ein regionaler Konflikt, sondern eine weltordnungspolitische Auseinandersetzung. Es ist ein Angriff auf die Grundlagen des Völkerrechts und zugleich ein Angriff auf die europäische Idee sowie die europäischen und westlichen Werte.“*

Zunächst einmal ist es selbstverständlich ein regionaler Konflikt, nämlich allein bezogen auf das Territorium der Ukraine. Es ist ein militärischer Angriff und damit ein Bruch des Völkerrechts. Mit den Aussagen „Angriff auf die Grundlagen des Völkerrechtes, Angriff auf die europäische Idee und auf die westlichen Werte“ werden Argumentationsfiguren aus dem medialen politischen Diskurs übernommen, die eher die Dramatik steigern, aber nicht zur Klarheit beitragen.

* Die Rede von einer „*Hinwendung zur Tradition des großrussischen Imperialismus*“ rekurriert vermutlich auf entsprechende Reden und Texte des russischen Präsidenten. Demgegenüber aber stehen die von Russland genannten Ziele, Entmilitarisierung, Neutralität und Autonomie von Gebietsteilen bzw. Anerkennung ihrer Unabhängigkeit. Diese Ziele können ein Bluff sein, sie müssen es aber nicht und sie wären im Sinne einer Verhandlungslösung umgehend auf ihre Ernsthaftigkeit zu testen. Gegen „großrussischen Imperialismus“ als Ziel des Angriffs auf die Ukraine scheinen auch die insgesamt für eine Besetzung viel zu schwachen militärischen Kräfte zu sprechen, so zumindest die Einschätzung zahlreicher Militärs.

* Ob man sich auf eine „*lange Zeit grundlegender konfrontativer Auseinandersetzung mit der russischen Föderation*“ einzustellen hat, hängt wiederum wesentlich davon ab, ob es der Politik gelingt, ernsthafte Verhandlungen und einen Interessensausgleich zu finden.

* Irritierend ist die mehrfache Rede von der „*Besonnenheit der ukrainischen Führung*“. Wenn man sich die Reden des ukrainischen Präsidenten auf <https://www.ukrinform.de> liest, hat man nicht den Eindruck von Besonnenheit; der permanente Aufruf an die Welt, in den Krieg mit einzutreten, der permanente Versuch, die NATO mit hineinzuziehen und die moralische Art und Weise der Rede, die teilweise Züge einer moralischen Erpressung trägt, sprechen eine andere Sprache. Auch wäre ein genauere Blick auf die Maßnahmen der ukrainischen Regierung nötig: von der Verschleppung der Umsetzung von Minsk II über die vor genau einem Jahr in Kraft gesetzte Strategie „Für Deokkupierung und Reintegration der Krim“ (in der auch militärische Mittel genannt werden) bis hin zu den während der olympischen Spiele zu Tage getretenen russophoben Auswüchsen (Fraternisierungsverbot; Ausschluss der behinderten Sportler Russlands bei den Paralympics etc.). Vgl. aktuell auch die unter <https://taz.de/Fehler-der-Ukraine/!5841573/> genannten Fakten.

3. Die Aussage, wonach das „in der Lehre der Kirche bejahte (...) Recht auf Selbstverteidigung (...) im Falle der Ukraine völlig unbestritten gegeben“ sei, ist unserer Überzeugung nach so nicht haltbar. Das Recht auf Verteidigung mit Waffen ist in der kirchlichen Lehre an strenge Bedingungen geknüpft. Es muss

das letzte Mittel sein (ultima ratio); andere Mittel müssen also versucht worden sein. Vor allem muss sichergestellt sein, dass sich durch bewaffnete Gegenwehr die Dinge bessern, also wirklich etwas geschützt oder verteidigt werden kann. Ist nur eine dieser Bedingung nicht gegeben, ist bewaffnete Gegenwehr nicht erlaubt. Wer aber will nach diesen furchtbaren vier Wochen Krieg noch wagen, zu behaupten, die Verhältnisse hätten sich durch die bisherige bewaffnete Gegenwehr verbessert? Welches Ziel kann bewaffnete Gegenwehr gegen eine atomar bewaffnete Macht überhaupt verfolgen? Sollte bewaffnete konventionelle Gegenwehr eine atomar bewaffnete Macht konventionell besiegen, ist sie darauf angewiesen, dass diese Macht auf ihre atomaren Machtmittel nicht zurückgreift. Ein solches Vertrauen auf Zivilität und Humanität eines Aggressors (!) erscheint uns irrational. Hinzu kommt, dass seit Jahrzehnten umfangreiche Studien über die Möglichkeiten zivilen Widerstandes/Sozialer Verteidigung vorliegen: „Daß die gewaltlose Methode als solche dem Geiste Christi mehr entspricht als die gewaltsame, kann nicht bestritten werden.“ (Franziskus M. Stratmann OP) Bewaffnete Gegenwehr kann daher überhaupt nur dann letztes Mittel darstellen, wenn das andere Mittel eines zivilen Widerstandes erprobt worden ist. Sicher werden auch bei zivilem Widerstand Menschen sterben, aber – so die Erkenntnis empirischer Studien- wesentlich weniger und in der Regel nur die, die sich darauf vorbereitet haben – oder gewisse Eliten. Bei gewaltsamer Gegenwehr aber sterben gerade diejenigen, die nie gefragt worden sind, ob sie zu diesem Preis verteidigt werden wollen, es sterben Alte, Kranke, Frauen und Kinder.

Die Frage nach der sittlichen Legitimität von Waffenlieferungen muss vor diesem Hintergrund diskutiert werden. Wenn bewaffneter Widerstand nicht erlaubt ist, wenn Waffen aller Erwartung nach nur zu einer Verlängerung des Krieges und zu weiteren Opfern führen, dürfen keine Waffen geliefert werden.

4. Kluge wirtschaftliche Sanktionen können ein gewaltarmes Druckmittel darstellen. Wenn von Sanktionen gesprochen wird, die „langfristig auf die innere Destabilisierung des Putin-Regimes“ zielen, so wird hier aber einer gefährlichen Politik das kirchlich legitimierende Wort geredet. Destabilisierung von Regimen ist selten eine konfliktmindernde Idee (Libyen!), im Falle einer atomaren Macht kann es eine zynische Form von russisch Roulette darstellen.

5. Zu Recht wird betont, dass „die Menschen in Russland, die sich gegen den Krieg stellen, ein wichtiges Zeichen für eine bessere Zukunft“ seien und „Anerkennung und Solidarität“ verdienen. Solche Menschen gibt es allerdings auch in der Ukraine, und sie benötigen nicht nur Solidarität. Vor allem die Kriegsdienstverweigerer in Russland wie in der Ukraine bräuchten dringend Ausreise- und Asylmöglichkeiten. Das einzufordern wäre eine originär kirchliche Aufgabe.

6. Die exorbitante Aufrüstung deutschen Militärs wird sprachlich zu einer ‚Rückstände‘ aufholenden „Ausrüstung der deutschen Streitkräfte“ umgewandelt, die Erhöhung des Verteidigungshaushalts sei notwendig, „um den Bündnisverpflichtungen nachzukommen“. Insgesamt gehe es um eine „notwendige Korrektur“ Einige warnende Worte, es nicht zu übertreiben, und bitte auch alles andere weiterhin zu finanzieren, um die „Gesamtbalance im Rahmen deutscher (Friedens-)Politik“ zu halten, können kaum verdecken, dass hier eine Pauschallegitimierung von äußerst problematischen, bislang nicht detailliert begründeten und nicht im demokratischen Diskurs diskutierten Maßnahmen vorliegt. Es ist naiv, anzunehmen, dass eine solch massive Aufrüstung, mit der Deutschland alleine an den Rüstungsetat Russlands herankommt (!) nicht exakt dazu führen wird, was ganz vorsichtig im Konjunktiv angedeutet wird: „Es besteht die Gefahr einer situationsbedingten Überreaktion, die zudem auf Kosten der ebenfalls grundlegenden Klima-, Entwicklungs- sowie Sozialpolitik gehen könnte“.

7. Über die für Papst Franziskus so zentrale Perspektive biblisch begründeter und politisch wirksamer Gewaltfreiheit ist im Papier der Kommission *Justitia et Pax* wenig zu lesen. Zwar wird zunächst richtigerweise betont, dass eine solche Perspektive sich „dem Sog völliger Verfeindung, den jeder Krieg ausübt“, widersetzt, dann aber ist die Rede davon, „die politisch Verantwortlichen anzuklagen und, wenn möglich, zur Rechenschaft zu ziehen.“ Eine Perspektive der Gewaltfreiheit denkt demgegenüber nicht zuerst in der Perspektive von öffentlicher „Anklage“ und „zur Rechenschaft ziehen“, sondern von Interessensausgleich und Versöhnung. In unseren Schulen immerhin wird dies inzwischen gelernt (Streitschlichter), in der europäischen Geschichte wurde es lange Zeit gewusst: Der Papst selbst sandte einen Mediator nach Münster, um zu helfen,

den 30jährigen Krieg zu beenden. Die Perspektive Mediation statt Diplomatie einzubringen, könnte eine genuin kirchliche Perspektive sein, mit der die Kirche ihrer im Hirtenwort „Gerechter Friede“ vorgezeichneten Aufgabe entsprechen würde. Auch die Art und Weise der Kritik der Kommission „Justitia et Pax“ am Patriarchen der Russischen Orthodoxen Kirche im letzten Abschnitt („eine Schande“) ist in einer Zeit nicht hilfreich, wo ein Brief des russisch-orthodoxen Außenamtschefs Metropolit Hilarion an die europäischen Bischöfe vorliegt, mit der Bitte, „Gesprächskanäle zu schaffen und offizielle und inoffizielle Verhandlungen zu organisieren“. (<https://www.katholisch.de/artikel/33635-moskauer-patriarchat-bittet-katholische-eu-bischoefe-umvermittlung>).

8. „Wir sollten tun, was wir können, um die russischen Partner zu unterstützen. Das Mindeste ist, die bestehenden kulturellen, wissenschaftlichen und religiösen Kontakte und Verbindungen mit unseren Partnern nicht abbrechen zu lassen.“ Es wäre gut, wenn die katholische Kirche in Deutschland dieses „wir“ auf sich beziehen würde, und in einer gesellschaftlichen Situation immer stärkerer Verfeindung und Russophobie mit konkreten, eigenen Maßnahmen Zeichen setzen würde, denn diese Welt braucht „keine Verdoppelung ihres Unfriedens durch eine Religion, die zu allem Ja und Amen sagt.“ (GF 164)

9. „Möge die Gewaltfreiheit von der Ebene des lokalen Alltags bis zur Ebene der Weltordnung der kennzeichnende Stil unserer Entscheidungen, unserer Beziehungen, unseres Handelns und der Politik in allen ihren Formen sein.“ (Papst Franziskus) Wir sehen das aktuelle Handeln des Papstes, der sich vor allem als Stimme der Opfer versteht, in genau dieser Linie: „Mit traurigem Herzen schließe ich mich der Stimme der einfachen Menschen an, die ein Ende des Krieges ersehnen. Im Namen Gottes, man höre auf den Schrei der Leidenden ... Im Namen Gottes bitte ich euch: Stoppt dieses Massaker! Gott ist ausschließlich ein Gott des Friedens, er ist nicht ein Gott des Krieges, und wer Gewalt unterstützt, entweihet seinen Namen.“ (Angelusgebet am 13. März)

Wir vermissen in der Erklärung der Kommission „Justitia et Pax“ diese Perspektive auf die Opfer jeglicher Gewalt, die Perspektive eines wirklich gewalt-

freien Stils für jegliches Handeln und für die Politik, wie sich das Papst Franziskus wünscht. Wir hoffen sehr, dass die deutschen Bischöfe dafür Sorge tragen, die Kommission „Justitia et Pax“ in Zukunft so auszurüsten, dass sie im Sinne der dringlichen Aufforderung des Papstes zu aktivem gewaltfreien Handeln konkrete Vorschläge machen kann.

Prof. em. Dr. Josef Freise war bis zu seiner Pensionierung im Februar 2017 20 Jahre lang Professor an der Katholischen Hochschule NRW in Köln. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit ist der interreligiöse Dialog in einer von Migration geprägten Gesellschaft.

apl. Prof. Dr. Thomas Nauwerth ist außerplanmäßiger Professor für Religionspädagogik am Katholischen Institut für Katholische Theologie an der Universität Osnabrück. Er ist ebenfalls Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von pax christi.

PD. Dr. Stefan Silber ist Professor für systematische Theologie im Fernstudiengang Religionspädagogik an der Katholischen Hochschule in Paderborn.

Prof. Dr. Egon Spiegel ist Professor für Religionspädagogik und Pastoraltheologie an der Universität Vechta.

Alle vier Autoren sind Mitglieder im Wissenschaftlichen Beirat von pax christi und setzen sich für gewaltfreie Konfliktbewältigung ein.

Mit anderen Waffen. Gewaltfreier Widerstand im Ukraine-Krieg.

Die Pazifistin Christine Schweitzer ruft die Ukraine zu sozialer statt militärischer Verteidigung auf. Warum das weder naiv noch ignorant ist. Fragen von Ines Wallrodt, ND, 25.03.2022.

FRAGE: Wer mit Blick auf den Ukraine-Krieg pazifistische Positionen vertritt, bekommt den Vorwurf »naiv« zu sein oder sich nicht für die Angegriffenen zu interessieren. Wie erklären Sie sich das?

SCHWEITZER: Ich denke, das hat mit Hilflosigkeit zu tun, mit dem Gefühl, man muss doch etwas tun. Bis heute ist die Überzeugung ungebrochen, dass irgendwann ein Punkt kommt, wo nur noch Gewalt hilft.

Manch einstige Kriegsgegner sagen heute auch: »Frieden schaffen ohne Waffen« - schöner Satz, leider Blödsinn.

Waffenlieferungen oder weitere direkte Unterstützung der Ukraine bergen große Risiken für die Eskalation des Konflikts. Vor 1989 hätte es mehrfach beinahe einen Atomkrieg aus Versehen gegeben. Die Gefahr ist groß, dass ein solcher Konflikt außer Kontrolle gerät.

Sie fordern nicht nur ein sofortiges Ende des Krieges und Verhandlungen. Sie gehen darüber hinaus und rufen zu einem alternativen Weg des Widerstands auf. Was muss man sich unter sozialer Verteidigung vorstellen?

Soziale Verteidigung als Konzept in der Friedensforschung wurde in den 1950er Jahren entwickelt, als angesichts der Atomwaffen deutlich wurde, dass eine Verteidigung letztendlich gar nicht mehr möglich sein würde. Einer der ersten, der diesen Vorschlag machte, war Stephen King-Hall, ein hoher britischer Offizier. Grundgedanke ist, dass auch ein Angreifer, Putschist oder Diktator in

der Regel die Mitarbeit der Beherrschten braucht. Daraus ergibt sich ein Ansatzpunkt für Widerstand. Denn man kann eine solche Zusammenarbeit auch verweigern. Gewaltfreiheit oder Pazifismus sind richtig verstanden ein dritter Weg zwischen Gewalt und Nichtstun.

Gibt es dafür Beispiele?

Soziale Verteidigung könnte ein Generalstreik sein wie beim Kapp-Putsch 1920 in Deutschland, als man sich dem Versuch entgegenstellte, die neue Weimarer Republik zu stürzen. In anderen Fällen, in denen autoritäre Regimes gewaltfrei beseitigt wurden, kamen vielfältige Methoden zum Einsatz, zum Beispiel bei der Befreiung Sambias von der britischen Herrschaft 1961-63, beim Sturz von Marcos in den Philippinen 1986 oder den Aufständen in Osteuropa, auch in der DDR, die das Ende des Warschauer Pakts und der Sowjetunion besiegelten.

Der deutsche Friedensforscher Theodor Ebert hat den Begriff »dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration« geprägt. Hinter diesem sperrigen Wort steckt, dass man nicht in Streik tritt, sondern zum Beispiel als Beamtin oder Beamter an seinem Arbeitsplatz ist, aber Anweisungen nicht befolgt, falsch befolgt oder langsam befolgt. Das hat es schon mehrfach in der Geschichte gegeben, etwa in Norwegen während der Zeit der Besetzung durch die Nazis. Die Lehrerinnen und Lehrer sollten damals ein neues nationalsozialistisches Curriculum in den Schulen einführen. Doch sie haben einfach ihre alten Lehrpläne weiterbenutzt und sich geweigert, die Naziinhalte zu unterrichten.

Und das hat funktioniert?

Viele sind eingesperrt worden, aber da niemand kooperierte, mussten die Nazis die Lehrer wieder freilassen. Und die Schulen blieben nazifrei. Es gibt viele Beispiele für erfolgreichen gewaltfreien Widerstand, und Friedensforscher*innen haben ihre Erfolge vielfach dokumentiert. Soziale Verteidigung im Sinne einer vorher von einer Regierung beschlossenen und eintrainierten Verteidigung hat es allerdings bislang nicht gegeben.

Was kann solch ein Widerstand ausrichten gegen Panzer, Raketen und den Befehl, keine Rücksicht zu nehmen?

Das Konzept hat Grenzen. Wenn es wie Deutschland im Zweiten Weltkrieg nur um Landeroberung geht und man bereit ist, die Bevölkerung zu vernichten. Aber so wenig sich Beobachter gerade sicher sind, was Russlands Ziele in diesem Krieg sind: Wahrscheinlich ist ja, dass es um eine russlandtreue Regierung geht oder um die Annexion bestimmter Territorien. Insofern: Bevor der Krieg angefangen hat, wäre es eine Option gewesen, zu sagen: Besetzt uns, aber gewinnen tut ihr deshalb trotzdem nicht, weil wir uns mit anderen Mitteln weiter wehren. Solch einen Widerstand würde kein Aggressor mit Bombardierungen bekämpfen. Einen bewaffneten Verteidiger erschießt man einfacher als die Teilnehmer einer friedlichen Versammlung am Dorfeingang.

Die Ukraine hat sich aber für einen anderen Weg entschieden. Gegen Ihren Vorschlag wird deshalb eingewendet, dass er nicht die Interessen - und Nöte - der Angegriffenen berücksichtigt - und diese mutmaßlich auch nicht interessiert.

In dem Moment, wo man Waffen liefert oder irgendetwas anderes tut zur Unterstützung des Krieges, übernimmt man Mitverantwortung für den Krieg und für die Gewalt. Und wenn man diese Gewalt ablehnt, hat man auch das Recht, solche Bitten abzuschlagen. So schwer es ist. Und überhaupt: In der Ukraine findet durchaus ziviler Widerstand statt. Es gibt etliche Berichte von Bürgermeister, die sich weigern, die Anweisungen des russischen Militärs zu befolgen. Im Moment des Angriffs haben sich unbewaffnete Menschen Panzern entgegengestellt, und die Panzer haben teilweise wirklich abgedreht. Natürlich stehen sämtliche Kriegsberichte unter dem Vorbehalt, dass wir nicht wirklich überprüfen können, was stimmt. Aber Fakt ist, dass die Ukraine schon zweimal Erfahrungen mit zivilem Widerstand gemacht hat in den letzten 20 Jahren - 2004 in der Orangen Revolution und 2014 auf dem Maidan. Insofern wäre das vielleicht doch ein Weg, wenigstens für die Städte.

Die Städte sollen sich besetzen lassen?

Nach dem Prinzip der offenen Stadt, wie sie im Zweiten Weltkrieg vielfach angewendet wurde, besonders bekannt ist Rom.

Bedeutet das nicht Kapitulation, so wie Russland sie etwa in Mariupol gefordert hat?

Übergang zu sozialer Verteidigung heißt nicht Kapitulation. Bei einer Kapitulation akzeptiert man, dass der Besatzer das Recht und auch die Pflicht hat, für die Verwaltung und für die Bevölkerung zu sorgen. Stattdessen nimmt man hier zwar hin, dass die Truppen kommen und verzichtet auf militärischen Widerstand. Gleichzeitig beginnt man aber eine Art Volksverteidigung, nur ohne Waffen. Man wählt also in gewissem Sinne andere Waffen.

Würde damit nicht so ein Überfall zu leicht gemacht? Auch mit Blick auf die Angst der baltischen Länder, sonst die nächsten zu sein. Immerhin treibt die militärische Gegenwehr die Kosten für Putin in die Höhe und zeigt, dass er nicht machen kann, was er will.

Die Frage ist, was Putin beabsichtigt. Was er da in seinem Papier vom Juli 2021 geschrieben hat, von der mittelalterlichen Rus und den Brudervölkern Belarus und Ukraine, das spricht ein bisschen gegen einen Angriff auf das Baltikum. Ganz abgesehen davon, dass das halt Nato-Staaten sind. Aber klar, ich hätte noch am 23. Februar gesagt, dass Russland nicht die Ukraine angreifen will. Insofern halte ich mich jetzt mit Vorhersagen zurück.

Die zentrale Frage ist: Wann ist der Punkt erreicht, wo das, was man verteidigen will, nicht mehr da ist, weil es zerstört wurde? Gerade bei einem rücksichtslosen Gegner wie Putins Militär, das offenbar bereit ist, viele zivile Opfer in Kauf zu nehmen und versucht, mit den Bombardements der Städte den Widerstandswillen der Ukrainer zu brechen. Bei aller Bewunderung für den Zusammenhalt in der ukrainischen Gesellschaft stellt sich die Frage, wann Verteidigung noch verhältnismäßig ist.

Wie würden Sie diese Frage beantworten?

Wir sitzen hier im sicheren Deutschland. Und es ist natürlich billig, den Menschen in der Ukraine Ratschläge zu geben. Trotzdem sollte man auch darauf hinweisen können, dass es andere Möglichkeiten gibt. Wir wissen nicht, wie dieser Krieg ausgeht. Vielleicht gibt es eine Verhandlungseinigung und die Waffen schweigen. Das wäre natürlich zu hoffen. Denkbar ist aber auch, dass Russland sich militärisch durchsetzt. Und was dann? Dann ist vielleicht auch für die Ukrainer der Zeitpunkt gekommen, zu gewaltfreien Mitteln zu greifen.

Wie könnte soziale Verteidigung dann aussehen?

Bei einer Besetzung der Ukraine durch Russland würde sich der Widerstand mutmaßlich eher auf den politischen Bereich richten. Russland würde wahrscheinlich eine Regierung einsetzen und dann irgendwelche Wahlen durchführen und da ginge dann keiner hin, die Behörden würden nicht mitmachen und die Bevölkerung würde alles boykottieren, was von den neuen Machthabern kommt. Egal, ob es der eigene Diktator ist oder ob ein fremdes Land einmarschiert ist: Es geht eigentlich immer um dasselbe: um die Beseitigung einer Herrschaft, die man nicht als tolerierbar ansieht.

Bekommen Sie Reaktionen aus der Ukraine auf solche Vorschläge?

Wir haben Kontakt zu Leuten aus dem Umfeld der Internationale der Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner, die den Dienst an der Waffe verweigern, sowie zur Ukrainischen Pazifistischen Bewegung um Yurii Sheliazhenko, der in Kiew lebt. Von denen hören wir, dass man sich so einig in der Ukraine nicht ist. Auch da gibt es Männer, die nicht kämpfen wollen. Die nur nicht außer Landes gelassen werden, weil es Kriegsdienstverweigerung als Recht in der Ukraine nur sehr eingeschränkt gibt.

Viele andere Berichte aus der Ukraine erzählen allerdings, dass es dort weit mehr Freiwillige für die Armee gibt als die gerade braucht.

Das will ich nicht bestreiten. Aber es gibt auch diese anderen Stimmen - sicherlich ist es eine Minderheit. Natürlich ist es im Moment schwer, mit anderen Meinungen oder Fragen und Zweifeln Gehör zu finden. Ich glaube aber, wenn man Menschen fragen würde, wie es mit diesem Krieg weitergehen soll, würden auch mehr sagen, lasst uns doch lieber zu zivilem Widerstand übergehen. Aber man kann ja keine Volksbefragung machen mitten in einem Krieg.

Der Bürgermeister von Kiew sagt: »Im schlimmsten Fall werden wir sterben, aber wir werden uns niemals ergeben.« Soll heißen: »Lieber tot als unfrei«. Er scheint völlig andere Grundannahmen zu haben als Sie.

Eine Grundannahme ist, dass kein Mensch das Recht hat, für andere Menschen zu entscheiden, ob sie leben oder sterben wollen. Gewaltfreier Wider-

stand ist nicht risikolos. Weltweit haben dabei viele Menschen ihr Leben verloren. Aber es ist zumindest die Option, wo man nur sich selbst in Gefahr bringt. Politiker sprechen mit solchen Statements jedoch nicht nur für sich selber, sondern sie entscheiden das für alle anderen. Auch für die, die das nicht wollen. Und dass es diese Menschen auch in der Ukraine gibt, sieht man ja daran, wie viele versuchen, das Land zu verlassen. Insofern würde ich nicht davon reden, dass das Konsens in der Gesellschaft ist.

Sie rufen auch die russische Bevölkerung und die russischen Soldaten auf, ihren Gehorsam zu verweigern. Wie realistisch finden Sie das in einem autoritären System?

Ich sehe da sogar mehr Potenzial, als ich selbst lange Zeit gedacht habe. Wir wissen von einzelnen Leute, die versuchen, sich dem Wehrdienst zu entziehen, indem sie das Land verlassen. Deutschland sollte das fördern und russischen Kriegsdienstverweigerern Asyl gewähren. Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO) hat gerade eine sehr spannende Dokumentation »Russians are against the war on Ukraine« online veröffentlicht. Demnach sind in den ersten Tagen des Krieges in Russland mehr als 330 000 Tweets mit dem Hashtag »Nein zum Krieg« auf Twitter erschienen. Das illustriert, die Zahl der Menschen, die den Krieg ablehnen, ist sehr viel höher, als man auf der Straße wahrnehmen kann. Ich gehe davon aus, dass die Kampfmoral bei den russischen Truppen nicht besonders groß ist. Viele der jungen Männer, die jetzt in der Ukraine kämpfen, stellen nun fest, dass die ganze Propaganda, mit der sie gefüttert wurden, nicht stimmt. Die Ukrainer haben nicht auf die Befreiung von Nazis gewartet. Und die Ukrainer können das auch noch in ihrer eigenen Sprache erklären. Gemeinsame Sprache und vielfältige familiäre Bande - das sind für soziale Verteidigung eigentlich günstige Bedingungen.

Christine Schweitzer, geb. 1959, beschäftigt sich wissenschaftlich mit Fragen von Krieg und Frieden am Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK). Zudem ist sie Geschäftsführerin beim Bund für Soziale Verteidigung. Ihre Promotion schrieb Schweitzer über Interventionen im Raum des ehemaligen Jugoslawien. Die Friedensforscherin ist in der Friedensbewegung aktiv und praktisch in der zivilen Konfliktbearbeitung u. a. auf dem Balkan engagiert.

QUELLE: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162475.gewaltfreier-widerstand-im-ukraine-krieg-mit-anderen-waffen.html>

Gibt es einen gerechten Krieg?

Nikodemus Schnabel OSB

Eigentlich nicht! Krieg in allen seinen Formen ist und bleibt ein sittliches Übel, daran lassen weder die Botschaft Jesu noch die jüngsten Aussagen von Papst Franziskus irgendein Zweifel.

Doch seit dem 4. Jh. mit der sogenannten Konstantinischen Wende musste sich das Christentum mit der Frage auseinandersetzen, was tun, wenn auf einmal auch die Mächtigen dieser Welt zur eigenen Kirche gehören? Was, wenn sie in den Krieg ziehen? Gibt es moralische Kriterien hierfür? Geboren wurde die Lehre vom „gerechten Krieg“, als deren Urheber der Kirchenvater Augustinus von Hippo ausgemacht werden kann und die im Mittelalter im „Decretum Gratiani“ Teil des kirchlichen Rechts wurde. Was wohl nur die wenigsten wissen: Das heutige Kriegsvölkerrecht geht in ganz wesentlichen Teilen fast unverändert hierauf zurück.

Unterschieden wird hierbei das „Recht zum Krieg“ (*ius ad bellum*) vom „Recht im Krieg“ (*ius in bello*). Fünf Kriterien müssen erfüllt werden, um überhaupt einen Krieg führen zu dürfen. 1. Legitime Autorität (*legitima potestas*), also eine rechtmäßige staatliche Führung. 2. Gerechtfertigter Kriegsgrund (*iusta causa*). 3. Richtige Absicht (*recta intentio*). 4. Letztes Mittel (*ultima ratio*) und 5. Aussicht auf einen wirklichen Frieden (*iustus finis*). Zwei Kriterien sind dann für das Verhalten im Krieg maßgeblich: die Verhältnismäßigkeit (*proportionalitas*) und das Diskriminierungsgebot, zwischen Soldaten und Zivilisten zu unterscheiden. Gemäß Augustinischer Lehre führt die Ukraine eine solchen „gerechten Krieg“.

Aus gutem Grund hat sich die Katholische Friedensethik seit dem Zweiten Weltkrieg immer mehr vom Konzept des „gerechten Krieges“ verabschiedet und dieses durch das Konzept des „gerechten Friedens“ ersetzt: Auch der gerechteste Krieg ist eine Niederlage der Menschheit und ein sittliches Übel. Aufgabe einer heutigen christlichen Friedensethik ist es, Prinzipien zu formulieren, um den Einsatz von Gewalt zu prüfen und möglichst abzuwenden.

Nikodemus Schnabel ist Benediktiner und Patriarchalvikar für die Migranten des Lateinischen Patriarchats von Jerusalem.

Quelle: Welt am Sonntag, Nr. 12 vom 20. März 2022, S. 27.

Für Verständigung – Gegen die Kriegstreiberei

Internationaler Versöhnungsbund

In diesen Zeiten, in denen sich die Erregungen überschlagen und wir emotional überflutet werden ist es wichtig, an einigen einfachen Wahrheiten festzuhalten:

1. Jeder Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Krieg traumatisiert Täter und Opfer. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass Kriege das Erleben einer oder sogar mehrerer Generationen schmerzlich verändern.

2. Ein Krieg endet immer mit Verhandlungen, mit Verständigung und mit Kompromissen. Daher ist es wichtig, mit allen im Gespräch zu bleiben, auch mit dem Feind, dem „Bruder Wolf“ (Franz v. Assisi). Eine Verteufelung des Gegners ist nicht hilfreich. Wir bestehen darauf, dass auch der Gegner ein Mensch ist und ein Mensch bleibt, mit dem Gespräch möglich ist.

3. Widerstand mit Waffen ist Gewalt: Er verlängert und verschlimmert den Krieg und kostet Menschenleben. Die Unterstützung von Dritten durch Waffen verleitet dazu, sich stark zu fühlen, nährt unrealistische Siegesphantasien, erhöht die Gewaltspirale und verhindert die Bereitschaft zum Gespräch und Kompromiss. Nicht um Sieg geht es, sondern um die Rettung möglichst vieler Menschenleben. Deshalb muss eine Situation angestrebt werden, in der alle Konfliktparteien unter Wahrung ihres Gesichts den Krieg beenden können. Vermittlung und Ausgleich von Interessen sind zentral, nicht weitere Aufrüstung. Im Zeitalter der Atomwaffen gibt es zu Verständigung und Ausgleich keine denkbaren Alternativen mehr. Wer eine atomare Macht militärisch besiegen will, provoziert den atomaren Einsatz.

4. Wir stehen auf der Seite aller Menschen, die ohne Waffen für ihre Rechte eintreten. Wir sehen uns daher in Solidarität mit den Gruppen in der Ukraine und in Russland, die dem Kriegstreiben gewaltfrei Widerstand leisten.

Was können wir tun, was ist jetzt wichtig?

1. Wir treten jeder Entmenschlichung, jeder Ausgrenzung entgegen und lehnen jedes pauschale Verurteilen („die Russen“) ab.
2. Wir fordern: Keinen Abbruch, sondern Fortführung und Intensivierung zivilgesellschaftlicher Kontakte- sowohl zu Russland als auch zur Ukraine.
3. Wir widersprechen jedem nationalistischen und imperialistischen Denken. Stattdessen halten wir Autonomie, Minderheitenrechte und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung für unverzichtbare Bestandteile von Demokratien.
4. Wir wollen bei der Wahrheit bleiben: Die massive Aufrüstung der Bundeswehr ist eine unverantwortliche Geldverschwendung, die wir uns gesellschaftlich weder sozial noch klimapolitisch leisten können und nicht leisten dürfen.
5. Wir halten Sanktionen für eine mögliche Antwort auf staatliche Gewalt und Krieg. Diese sollten aber nicht die Menschen treffen, denen es sowieso schon schlecht geht.
6. Wir fordern: Jeder Mensch, der vor Krieg und Unrecht flieht oder den Kriegsdienst verweigert, soll uns willkommen sein.

Der Vorstand des Int. Versöhnungsbund, dt. Zweig, 10.03.2022

Quelle:

<https://www.versoehnungsbund.de/2022-03-10-fuer-verstaendigung-erklaerung>

Keine Lust auf Krieg – Kapitulation als intelligente Reaktion und mutige Tat

Thomas Nauerth

Zu einem Krieg braucht es immer zwei Parteien. Eine schießt und eine muss zurückschießen, sonst ist der Krieg vorbei, bevor er noch begonnen hat. Diese mehr als simple Überlegung zeigt, auch der Angegriffene hat immer eine Möglichkeit, den Krieg unmittelbar zu beenden. Wer Handlungsmöglichkeiten besitzt, hat auch die Verantwortung, über diese nachzudenken. Aktuell aber scheint das Wort „Kapitulation“ zu den Tabuwörtern zu zählen, spricht man es aus, denkt über Kapitulation als Handlungsmöglichkeit im aktuellen Krieg in der Ukraine nach, wird man umgehend massiv kritisiert. Wenige wagen es daher, sie brauchen schon ein so breites Kreuz, wie es der Jurist Thomas Fischer besitzt:

„Die Alternative zur Niederlage mit sehr vielen Opfern und gewaltigen Vernichtungen ist eine Niederlage mit wenigen Opfern und weniger Zerstörungen. Man könnte, mit anderen Worten: kapitulieren. Das wäre eine schlimme Niederlage vor der ungerechten Gewalt. Aber 1000 lebende Besiegte sind besser als 1000 tote. Und anders als der Tod halten Siege nie ewig.“ (Scholz hat recht, 08.03.2022, Der SPIEGEL)

An solcher Position ist eigentlich nichts besonders. In der friedensethischen Tradition, die das sog. christliche Abendland geprägt hat, der „Lehre vom Gerechten Krieg“ (Bellum Justum) wurde immer eingeschärft, dass der Griff zu den Waffen auch im Verteidigungsfall nur legitim sei, wenn dadurch sich erwartbar die Verhältnisse verbessern lassen.

Auch ganz unabhängig von friedensethischen Vorgaben ist von der Sache her seit langem klar, dass moderne Waffen ein etwas anderes Zerstörungspo-

tential haben als es mit der ökologischen Variante Pfeil und Bogen gegeben war. Dies müsste doch aus sich heraus dazu führen, dass man in jedem Fall sehr sorgfältig klärt, ob ein Zurückschießen zu wünschenswerten Ergebnissen führen kann. Eine solche Klärung hat nichts mit Feigheit zu tun, sondern mit Verstand. In faszinierender Weise ist dies in den ersten Folgen der norwegischen Fernsehserie „Occupied“ einmal durchgespielt worden, die Aktualität bzw. der Kontrast zum aktuellen militärischen Widerstand in der Ukraine bis zur letzten Patrone, zum letzten Menschen und zum letzten Haus ist geradezu bestürzend.

Auch eine Kapitulation kostet Opfer, aber sie werden im wesentlichen von den gesellschaftlichen Eliten getragen, denn die geraten ins Visier der Besatzer. Wer nicht kapituliert, bürdet dagegen die Opfer (des Krieges) der einfachen Bevölkerung auf. Wie sehr dies belasten kann, zeigt ein aktueller Bericht aus der Ukraine. Dort wird von Gesprächen mit ukrainischen Soldaten erzählt, die sich viele Fragen stellen: „what is more important, to save our state or our people’s lives?“; „maybe the price we are paying for our unity and self-identity is too high“; „are we ready to look into the eyes of those whose relatives have died in the name of the values we are fighting for?“ (Pavel Dorogoy, Faces of Kharkiv, March 26, 2022, www.plough.com).

Kapitulation, die weiße Fahne, könnte in solcher Lage eine sehr intelligente (und mutige) Reaktion sein. Außerdem würde man nur so überhaupt eine Basis an Mensch und Material behalten, um einem Aggressor zivilen Widerstand zu leisten. Die Konzepte, wie man ohne Waffen einem Aggressor den Aufenthalt mittel- und langfristig so unangenehm machen kann, dass er seine Ziele nicht erreicht, möglicherweise sogar abzieht, sind ja alle längst geschrieben (der wikipedia Artikel über Soziale Verteidigung reicht für einen Überblick) – und teilweise gut erprobt (Kapp-Putsch 1920; Ruhrbesetzung 1923; Prag 1969 u.v.a.m.).

Es ist verwunderlich, dass nicht auch in den Friedensbewegungen häufiger davon gesprochen wird, wie intelligent es sein kann, die weiße Fahne zu hissen. Vielleicht muss man da noch mal ein wenig Geschichten einsammeln, Geschichten wie die von einem der ersten katholischen Mitglieder des Versöhnungsbundes, Herrmann Hoffmann, Priester des Bistums Breslau:

Ostern 1945, Breslau, zur Festung erklärt, brennt; die Lage ist aussichtslos, täglich sterben mehr Zivilisten als Soldaten. Da kommt ein evangelischer

Theologe auf den Gedanken, sie, die Pfarrer und Priester, katholisch wie evangelisch, haben jetzt die Pflicht zum Kommandanten der Festung zu gehen und die Übergabe zu fordern. Hermann Hoffmann ist ganz dafür, meint aber man müsse möglichst hochrangige Geistliche schicken, Hoffmann gewinnt einen Weihbischof und einen Domherren. Der Kommandant, den die ökumenische Delegation heimlich auf gefährlichem Weg aufsucht (die politische Führung, der Gauleiter, durfte nichts erfahren), ist freundlich, er sehe die Lage ähnlich dramatisch. "Aber er sei Soldat und dürfe nicht handeln, wie er wolle, sondern wie seine Vorgesetzten wollten." Ob er, der Kommandant, denn noch Möglichkeiten sehe, die Festung zu halten? Die kurze Antwort: „Keine mehr!“ Da verliert die Delegation ihre Fassung: „Herr Kommandant, wenn das ihre Meinung ist, wie können sie es wagen, noch einen einzigen Tag länger zu kämpfen und auch nur ein einziges Menschenleben ohne jede Aussicht zu opfern? (...) der Herr, der unser Gewissen zwingt, zu reden, wird auch von Ihnen, Herr Kommandant Rechenschaft fordern für jedes Menschenleben, das sie unnötig opfern!“

Der Kommandant geht in sich, versammelt am nächsten Tag alle Kommandeure der einzelnen Truppenteile, holt dann einen der Pfarrer zurück und lässt ihn zu allen Kommandeuren sprechen. Dann gibt er den Befehl zur Übergabe der Festung. Der II. Weltkrieg ist für Breslau zu Ende (nach: Herrmann Hoffmann, Im Dienst des Friedens. Lebenserinnerungen eines katholischen Europäers, Stuttgart, Aalen 1970, 311/312).

Thomas Nauerth, 26.03.2022

Quelle: <https://www.versoehnungsbund.de/2022-03-26-keine-lust-auf-krieg>

Eine *Gegenposition* vertritt **Heinz-Gerhard Justenhoven**, Direktor des Instituts für Theologie und Frieden in Hamburg in Trägerschaft der Katholischen Militärseelsorge:

„Noch viel grundsätzlicher ist die pazifistische Kritik, die jegliche Waffenlieferungen als kontraproduktiv ablehnt. Anstatt einer Gegenwehr mit Waffen

sollte die ukrainische Bevölkerung die Besatzer ins Land lassen, dann aber mit zivilem Widerstand zermürben. Dahinter steht Theodor Eberts Theorie des zivilen Widerstands. Sie übersieht im aktuellen Krieg die Erfahrungen der belarussischen und kasachischen Zivilgesellschaft und ihrer von Moskau gestützten Staatsmacht, aber auch die der russischen selbst, in allen Fällen hat der Kreml brutal durchgreifen lassen und scheut sich nicht, auch Schusswaffen gegen Demonstranten einzusetzen und diese anschließend zu langen Gefängnisstrafen zu verurteilen. In der Ukraine weiß man darum.“ (Herder-Korrespondenz, 4/2022, 15).

Ebenso **Matthias Dobrinski**:

„Und alle Ratschläge aus dem sicheren Deutschland, die Ukraine solle sich doch lieber ergeben, erweisen sich als Schreibtischweisheit“ (Publik-Forum 08.04.2022, 11).

Stoppt den Krieg

Offener Brief an die pax christi-Mitglieder

pax christi Bundesvorstand

14. März 2022

Es stimmt: „Nie hatte die Menschheit so viel Macht über sich selbst, und nichts kann garantieren, dass sie diese gut gebrauchen wird“. Deshalb können wir den Krieg nicht mehr als Lösung betrachten, denn die Risiken werden wahrscheinlich immer den hypothetischen Nutzen, der ihm zugeschrieben wurde, überwiegen. Angesichts dieser Tatsache ist es heute sehr schwierig, sich auf die in vergangenen Jahrhunderten gereiften rationalen Kriterien zu stützen, um von einem eventuell „gerechten Krieg“ zu sprechen. Nie wieder Krieg! (FT 258)

Es ist wichtig hinzuzufügen, dass mit der Entwicklung der Globalisierung das, was als sofortige oder praktische Lösung für ein Gebiet der Erde erscheinen mag, eine Kettenreaktion von oft versteckt verlaufenden Gewaltfaktoren auslöst, die schließlich den gesamten Planeten betrifft und den Weg für zukünftige neue und schlimmere Kriege bereitet. In unserer Welt gibt es nicht mehr nur „Stücke“ von Krieg in dem einen oder anderen Land, sondern einen „Weltkrieg in Stücken“, weil die Schicksale der Nationen auf der Weltbühne zutiefst miteinander verflochten sind. (FT 259)

Papst Franziskus in seiner Enzyklika „Fratelli tutti“

Liebe pax christi-Mitglieder,

wir sind erschüttert über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und verurteilen ihn aufs Schärfste. Wir sind in Gedanken und Gebeten bei der ukrainischen Bevölkerung, die furchtbare Tage des Krieges und des Leidens durchlebt. Wir appellieren an die russische Regierung, die Waffen schweigen zu lassen und sofort an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen und tritt das Völkerrecht mit Füßen. Die russische Regierung isoliert sich selbst damit und fügt der Ukraine, aber auch Russland schweren Schaden zu.

Dieser Krieg richtet sich gegen die europäische Sicherheitsarchitektur, denn er zerstört den demokratischen Aufbau eines Landes. Er zerstört Menschenleben und Infrastruktur in der Ukraine. Er zerstört Vertrauen. Er zerstört die Umwelt. Dieser Krieg wirft die wachsende ukrainische Zivilgesellschaft und die Klimaschutzbemühungen massiv zurück.

Zugleich sind wir in Gedanken und Gebeten bei der russischen Bevölkerung. Dieser Krieg zerstört die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die für die russische Bevölkerung ein wichtiger Zukunftspfeiler ist. Wie viele Bürger:innen Russlands sind wie wir entsetzt über diesen Krieg, der für sie ein Bruderkrieg ist. Wir senden unser Mitgefühl zu allen, die verzweifelt ertragen müssen, welchen Krieg die russische Regierung führt, ohne dass sie es verhindern können. Wir stehen mit großem Respekt hinter denen, die öffentlich gegen den Krieg protestieren; wissend, dass sie dafür Repressionen zu erdulden haben.

Wir haben uns geirrt

Wir konnten uns nicht vorstellen, dass es zu diesem Krieg kommt. Wir haben seit Jahren aus der Ukraine, aus Polen und aus dem Baltikum die Sorgen und Warnungen vor Übergriffen der Putin-Regierung auf frühere Gebiete der Sowjetunion gehört. Wir haben es gehört und nicht geglaubt. Das schmerzt, weil wir dadurch wohl auch die Angriffe russischer Truppen in Tschetschenien und Georgien wahrgenommen, aber zu wenig beachtet und nicht ausreichend Schlussfolgerungen daraus gezogen haben. Militärische Erfahrungen aus diesen Kriegen und aus Syrien werden jetzt in der Ukraine eingesetzt.

Genauso schmerzt, dass die Warnungen und Analysen aus der Friedensbewegung zur EU- und NATO-Politik ignoriert worden sind. Die Eskalation ist nicht gestoppt und damit die Gewaltspirale nicht verhindert worden. Wichtig ist uns aber die Klarheit, dass all diese politischen Fehler „des Westens“ Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine in keiner Weise rechtfertigen können.

Wir erinnern an unsere Hoffnung auf Friedensdividenden nach dem Fall der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs. Heute setzen wir uns weiterhin für den Aufbau einer gemeinsamen, gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur Europas unter Einbezug der Ukraine, Russlands und Belarus ein.

pax christi ist herausgefordert

Dieser Krieg fordert das Selbstverständnis der pax christi-Bewegung heraus. In der Präambel der Satzung heißt es: „pax christi – Der Friede Christi ist die bleibende Hoffnung und Vision unserer Bewegung. Der Glaube an die Friedensbotschaft Jesu Christi schenkte Menschen nach der Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs Kraft und Mut zur Versöhnung, die von Christ:innen aus Frankreich ausging. Im Vertrauen auf diese Friedensverheißung halfen sie, Grundsteine für ein friedliches Zusammenleben der ehemals verfeindeten Völker Europas zu legen. Aus dieser Erfahrung, dass Versöhnung eine politische und religiöse Kraft ist, können wir schöpfen: Es ist möglich, Vergebung zu gewähren, statt Vergeltung zu üben; es ist möglich, Schuld nicht zu verdrängen, sondern einzugestehen und Versöhnung und Neuanfang zu wagen.“

Wir halten fest an der Option der Gewaltfreiheit

Die Vision, für die wir uns einsetzen, steht für eine Welt ohne Gewalt und Waffen. Gerade jetzt ist es uns wichtig, uns dieser Grundfesten unserer Bewegung zu vergewissern.

Wir halten fest an dem Ziel, zu einer gewaltfreien Friedenskultur beizutragen. *pax christi* will dazu beitragen, den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen und die Gewaltspirale zu beenden.

Damit widersetzen wir uns der verbreiteten Gewohnheit, mit Gegengewalt auf erfahrene Gewalt zu reagieren. Aber wir stehen in einem Dilemma. Die Gottesliebe kann dem Christenmenschen gebieten, die eigene Ohnmacht anzunehmen und Unrecht zu erleiden. Als Nächstenliebe darf sie sich nicht mit der Ohnmacht und Unterdrückung der anderen abfinden – und Gott mit dem Rücken zu den Leidenden lieben wollen. In der Bergpredigt werden wir aufgefordert, auch die linke Wange hinzuhalten, wenn uns auf die rechte geschlagen wird. (Mt 5,39) Das bedeutet aber nicht, eine solche Handlungsweise einzufordern von anderen, denen auf die rechte Wange geschlagen wird.

Unter dieser Maßgabe orientieren wir uns an der Perspektive der aktiven Gewaltfreiheit und des zivilen Ungehorsams. Wir entscheiden uns für Gewaltfreiheit und arbeiten mit allen zusammen, die diese Option wählen.

Friede in Jesu Sinne verzichtet auf Gewalt. Friede fängt dort an, christlich zu werden, wo die Nächstenliebe die Feindesliebe mit einschließt. Der Nächste ist für uns Christ:innen auch der Feind. Und da fängt die Herausforderung an, uns zu zerreißen. Denn: das Liebesgebot duldet keine Grenzen – von Jesus her. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Gesprächskanäle auch nach Russland aufrechterhalten werden. Die Politik darf den Dialog nicht aufgeben. Weiterhin darf nicht aufgehört werden, auf allen diplomatischen Wegen nach deeskalierenden Lösungen zu suchen.

Unsere Unterstützung haben alle, die vor diesem Krieg fliehen und versuchen, die Ukraine zu verlassen. Wir sind dankbar für die offenen Grenzen für diese Menschen. Wir fordern alle Regierungen auf, dafür zu sorgen, dass diese offenen Grenzen unterschiedslos für alle Menschen gelten, die diesem und anderen Kriegsgebieten zu entkommen versuchen. Rassistische Zurückweisungen sind ein Skandal und müssen eingestellt werden. Alle Menschen, die

vor diesem und anderen Kriegen fliehen, haben ein Recht auf Asyl, Schutz und Aufnahme in sicheren Gebieten.

Wir setzen uns ein für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung sowohl in Russland als auch in der Ukraine.

Wo bleibt der Vorrang für zivil?

Sehr besorgt macht uns der Paradigmenwechsel, den Bundeskanzler Scholz für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik verkündet hat. Wir verstehen den Anspruch an die deutsche Politik, die Ukraine nach Kräften zu unterstützen. Wir sehen, dass in der Vergangenheit falsche Entscheidungen getroffen wurden. Es fehlt eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur unter Einbezug aller europäischen Länder außerhalb der EU. Es ist ein Fehler deutscher Politik, diese seit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zerfall der Sowjetunion nicht angestrebt und mitaufgebaut zu haben. Aber wir fragen: Ist die jetzt angekündigte „Zeitenwende“, die sich vor allem als militärische Aufrüstung Deutschlands zeigt, wirklich alternativlos?

pax christi lehnt die von Bundeskanzler Scholz angekündigten massiven Umlenkungen von Steuergeldern ins Militär als Schritt in die falsche Richtung ab. Stattdessen sollten die Ressourcen der zivilen Konfliktbearbeitung weiter ausgebaut werden. Hierbei geht es um die wichtige Expertise des zivilen Friedensdienstes in der Konfliktprävention und -nachsorge und um noch mehr. Es geht um den Vorrang für zivil, um faire Weltwirtschaftsstrukturen und die Globalisierung von sozialer, kultureller und medizinischer Infrastruktur. Es geht um die Anerkennung und den klugen Ausgleich zwischen den Interessen von Industrieländern und rohstoffexportierenden Staaten. Es geht um die Förderung der Resilienz pluralistischer, liberal-demokratischer Gesellschaften gegenüber den Zumutungen autokratischer und rassistischer Gesellschaftsvorstellungen. Weiterhin und immer wieder geht es beim Vorrang für zivil auch um die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der Schöpfung.

Das 2%-Ziel der NATO bleibt eine rein quantitative Maßgabe, die bar jeglicher inhaltlichen Fundierung keine Sicherheit schafft, sondern den wahren Herausforderungen wie soziale Gerechtigkeit, Bildung und Klimaschutz notwendige Finanzen und Aufmerksamkeit entzieht. Dieser NATO-Beschluss war und ist

ein Förderprogramm für die Rüstungsindustrie. Frieden schaffen geht anders – auch jetzt angesichts des menschenverachtenden Angriffskriegs von Putins russischen Truppen auf die Ukraine. Die ethisch und sachlich begründete Kritik und Ablehnung der Anschaffung bewaffneter Drohnen, der nuklearen Teilhabe und der Anschaffung neuer, für Atomwaffen geeigneter Kampfflugzeuge ändert auch Putins Krieg gegen die Ukraine nicht. Hier werden Stimmungen ausgenutzt. Die behauptete Alternativlosigkeit behindert die so nötige breite gesellschaftliche Diskussion zur Außen- und Friedenspolitik.

Auch die viel beschworene mangelhafte Ausrüstung der Bundeswehr, auch bisher mangelhaft entwickelte Fähigkeiten bspw. im Bereich des Cyber-schutzes rechtfertigen keinesfalls diese horrenden Rüstungsausgaben. Eine solche opportunistische Prioritätensetzung setzt vielmehr die Glaubwürdigkeit der Politik aufs Spiel.

In seiner Enzyklika „Fratelli tutti“ macht Papst Franziskus sich für die internationale Rechtsordnung stark. Er schreibt: „Wenn man eine wirkliche ganzheitliche menschliche Entwicklung für alle anstrebt, muss man weiter unermüdlich der Aufgabe nachgehen, den Krieg zwischen den Nationen und den Völkern zu vermeiden. Zu diesem Zweck muss die unangefochtene Herrschaft des Rechtes sichergestellt werden sowie der unermüdliche Rückgriff auf die Verhandlung, die guten Dienste und auf das Schiedsverfahren, wie es in der Charta der Vereinten Nationen, einer wirklich grundlegenden Rechtsnorm, vorgeschlagen wird.“ (FT 257) pax christi wird sich auch künftig für eine Stärkung der Vereinten Nationen, für ihre Strafgerichtsbarkeit und für Reformen einsetzen, die die friedensfördernden und Friedens erhaltenden Möglichkeiten der VN stärken.

Was können wir jetzt tun?

Das TUN, was prioritär nötig ist und notwendig gebraucht wird:

In der ersten Austauschrunde des Bundesvorstandes mit den pax christi-Expert:innen zur Ostarbeit und zur Friedenspolitik wurde es so formuliert: Es geht jetzt darum, die Verheißung auf eine Zukunft in Frieden wachzuhalten.

Deshalb beteiligen wir uns an der Organisation von öffentlichen Zeichen gegen den Krieg, wie Demonstrationen oder Friedensgebeten.

Mit Friedensgebeten schaffen wir Orte zur gegenseitigen Stärkung. Zum Beten für die, die unter diesem Krieg leiden und auch zum Teilen der Ohnmacht, die wir angesichts dieses brutalen Krieges empfinden.

Durch den Aufruf zu Mahnwachen und Demonstrationen, schaffen wir Möglichkeiten, das eigene Unbehagen auf die Straße zu tragen und politisch die Stimme zu erheben. Wir erleben das Miteinander als Bestärkung in unserem Einsatz für ein Ende des Krieges und das Ende der Gewalt.

Wir setzen uns dafür ein, Kriegsflüchtlinge bei uns willkommen zu heißen.

Kriegsdienstverweigerer:innen aus der Ukraine und Russland sind bei uns aufzunehmen; das individuelle Recht, sich einem Kriegsdienst mit der Waffe zu entziehen, muss unbestritten bleiben und anerkannt werden.

Unterstützt die Aufrechterhaltung bestehender Partnerschaften aus der Ukraine und Russland: Alle individuellen, beruflichen sowie organisatorischen Kontakte in die Ukraine und Russland sollten in diesen Zeiten wiederbelebt bzw. beibehalten werden.

Wir sind froh um die Gemeinschaft, die wir in der pax christi-Bewegung haben, die uns Rückhalt und Hoffnung gibt.

*Mit Friedensgrüßen
der pax christi-Bundesvorstand*

Quelle: <https://www.paxchristi.de/meldungen/view/5852481867218944/Stoppt%20den%20Krieg>

Vgl. Joachim Gerstecki, Wir haben uns geirrt. Die Stellungnahme von Pax Christi zum Überfall Russlands auf die Ukraine zeigt von großer Hilflosigkeit, in: (Publik-Forum, 25.03.2022, 32).

Diskussionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft LINKE Christ*Innen zum Krieg in der Ukraine

„Selig sind die Gewaltlosen“ (Mt 5,5)

Angesichts des menschenverachtenden Angriffskriegs von Putins russischen Truppen auf die Ukraine und des schweren Bruchs des Völkerrechts durch Russland stellt die Bundesarbeitsgemeinschaft LINKE Christ*innen fest: Wir rufen die russische Regierung auf, sofort alle Angriffe einzustellen und ihre Truppen von den Grenzen zur Ukraine zurückzuziehen. Der vom Bundeskanzler Scholz behauptete „Zeitenwende“ ist in Wahrheit ein Rückfall in den Militarismus vergangener Zeiten. Wer jetzt Waffen in die Ukraine liefert, gießt Öl ins Feuer. Waffenlieferungen tragen zur Eskalation bei. Der intelligentere Weg ist Deeskalation. Deshalb setzen wir auf die Stärkung ziviler Widerstandspotenziale. Wir unterstützen die Kräfte des sozialen Widerstandes in der Ukraine. Sie rufen die ukrainische Regierung auf, auf militärischen Widerstand zu verzichten und stattdessen zivilen Widerstand zu proklamieren.

LINKE Christ*innen orientieren sich an Jesu Gebot zur Gewaltfreiheit: „Stecke dein Schwert an seinen Ort! Denn wer das Schwert nimmt, der wird durchs Schwert umkommen.“ (Mt 26,52) Selig gepriesen werden die Gewaltlosen. (Mt 5,5) Aktive gewaltfreie Aktionen waren oft erfolgreich (Friedliche Revolution in Deutschland 1989, Singende Revolution im Baltikum 1987-1991; Frauen in Weiß in Liberia 2003). Gewaltfrei-aktiver Widerstand ist nicht naiv, sondern intelligent und nachhaltig. Wer Frieden will, muss den Weg des Friedens auch in Konflikten gehen. Auch angesichts des Bombardements auf unschuldige Menschen und für Kriegssituationen gibt es „erprobte Konzepte und Instrumente ..., Wege aus Gewalt und Schuld zu finden“ (Kundgebung der EKD-Synode 2019). Die Geschichte zeigt: gewaltfreier Widerstand hat hohe Erfolgchancen. „Machen wir die aktive Gewaltfreiheit zu unserem Lebensstil“, lautete der Appell von Papst Franziskus zum Weltfriedenstag 2017. Die Sprache der Waffen und Waffenlieferung ist nicht alternativlos. Wir weigern uns, unser Denken und Handeln von der militärischen Logik bestimmen zu lassen. Es gibt Alternativen zur Spirale

von Gewalt und Gegengewalt. Es gibt zahllose Methoden des unbewaffneten Widerstandes. Frieden schaffen geht anders. Wir setzen auf die Macht gewaltlosen Widerstandes und wollen Frieden schaffen ohne Waffen! Mit Dietrich Bonhoeffer sagen wir: „Es gibt keinen Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muss gewagt werden!“

- » Wir fordern die solidarische Unterstützung aller, die vor den Kriegsfolgen zur Flucht gezwungen sind.
- » Wir fordern die Unterstützung aller, die in der Ukraine mit gewaltfreien Mitteln Widerstand leisten.
- » Wir rufen auch die EU auf, russischen Deserteuren das Recht auf Asyl zu geben. Unsere Solidarität gilt den leidenden Menschen in der Ukraine und allen, die auf der Flucht sind.
- » Wir lehnen völkerrechtswidrige Selbstjustiz ab und fordern, dem Gewaltmonopol der UNO nach Artikel 2 Abs. 4 der UNO-Charta bei zwischenstaatlichen Konflikten zur Durchsetzung zu verhelfen.
- » Wir fordern, die Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung zu unterstützen und zu trainieren.
- » Wir fordern, jene Organisationen, die auf solche Methoden spezialisiert sind, politisch und finanziell stärker zu fördern.
- » Deshalb lehnt die BAG Linke Christ*innen die von Bundeskanzler Scholz angekündigten massiven Umlenkungen von Steuergeldern ins Militär als Schritt in die falsche Richtung ab.

Bei internationalen Konflikten müssen nicht-militärische Lösungen gefunden werden. Es ist ein Mythos, zu glauben, militärische Verteidigung sei vernünftig, verantwortungsbewusst und realistisch. Richtig ist vielmehr, dass gewaltfreie Methoden intelligenter, nachhaltiger und vernünftiger sind. Gewaltfreie Methoden können stärker und erfolgreicher sein als militärische Methoden. Beim Einsatz gewaltfreier Kampfmethoden gibt es weniger Tote und Verletzte, weniger zerstörte Städte und Landschaften. Auch der Übergang zur Demokratie fällt leichter. Wer Frieden will, muss den Frieden vorbereiten.

Franz Segbers

*Sprecher der BAG LINKE Christ*innen*

Ukrainekrieg und Militarismus

„Diesen Krieg hätte man verhindern können“

Oliver Stenzel im Interview mit Wolfram Wette

Pazifismus und Engagement gegen Aufrüstung haben gerade wenig Konjunktur, bleiben aber wichtig und richtig, meint der Historiker Wolfram Wette. Ein Gespräch über die Friedensbewegung, Kriegsprävention und die Gefahren einer Militarisierung der Welt als Folge des Ukrainekriegs.

Herr Wette, in der Friedensbewegung herrscht wegen des russischen Überfalls auf die Ukraine Ratlosigkeit. Ist momentan eine schlechte Zeit für Pazifisten?

Auf den ersten Blick haben wir es mit einem Scheitern des Projekts „Ernstfall Frieden“ zu tun, das an Gustav Heinemanns Satz anknüpft: „Der Frieden ist der Ernstfall!“ In der Friedensbewegung ist man schockiert und stellt sich die Frage: Haben alle, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs für ein dauerhaftes Friedensprojekt gearbeitet haben, etwas falsch gemacht?

Haben sie? Oder anders: Was war richtig, was falsch?

Zunächst: Eine moderne Friedensbewegung muss man wohl mit dem Buchenwald-Schwur „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ beginnen lassen. Diese Forderung richtete sich an jene, die in der Vergangenheit Krieg zu verantworten hatten, und das waren die Deutschen selbst. Es war ein Appell an die Bevölkerung zu begreifen, dass wir ein neues Kapitel in unserer Geschichte aufschlagen müssen.

Das gesamte Interview vom 16.03.2022 findet sich unter:

<https://www.kontextwochenzeitung.de/gesellschaft/572/diesen-krieg-haette-man-verhindern-koennen-8076.html>

Wolfram Wette, Jahrgang 1940, gilt als einer der renommiertesten Militärhistoriker Deutschlands – mit einem für sein Fach ungewöhnlichen Schwerpunkt: Er forschte intensiv zu Kriegsprävention und Pazifismus. Von 1975 an arbeitete er am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg, ab 1998 war er Professor für Neueste Geschichte an der Universität Freiburg. Wette ist Mitbegründer des Arbeitskreises Historische Friedensforschung und unter anderem Mitglied des pazifistischen Arbeitskreises Darmstädter Signal sowie des Vereins „Gegen Vergessen – für Demokratie“.

Appell an alle Seiten

Bund für Soziale Verteidigung

Wir rufen Russland auf, sofort alle Angriffe einzustellen und seine Truppen von den Grenzen zur Ukraine zurückzuziehen.

Wir rufen die Menschen in Luhansk/Lugansk und Donezk/Donetsk auf, der russischen Regierung deutlich zu machen, dass sie ihr Schicksal selbst bestimmen wollen, nicht um den Preis eines Krieges.

Wir rufen die ukrainische Regierung auf, auf militärischen Widerstand zu verzichten, sondern stattdessen zivilen Widerstand zu proklamieren.

Wir rufen die ukrainische Bevölkerung auf, einer möglichen von Russland eingesetzten neuen Regierung jeden Gehorsam zu verweigern. Das nennt man Soziale Verteidigung. Wenn sich alle den Anweisungen Russlands verweigern, falls Russland die Ukraine besetzt, dann kann es seine Ziele letztlich nicht erreichen.

Wir rufen auch die russische Bevölkerung und die russischen Soldat*innen auf, jeden Gehorsam gegenüber den Kriegshandlungen ihrer Regierung zu verweigern, gewaltfreien Widerstand zu leisten und eine Absetzung des Putin-Regimes herbeizuführen. Auch das gehört zur Sozialen Verteidigung.

Wir rufen Russland, die UNO, die OSZE, die NATO und alle Regierungen auf, sofort Verhandlungen aufzunehmen.

Wir rufen die NATO-Mitglieder auf, bei ihrer Reaktion auf die russische Aggression Maß walten zu lassen und nicht die russische Bevölkerung für die Verbrechen ihrer Führung büßen zu lassen.

Vorstand des BSV - 24.02.2022

Quelle: <https://soziale-verteidigung.de/artikel/ukraine-appell>

Die Situation der Kirche in der Ukraine

Dínko Aracíc / Stefan Federbusch OFM

Das ukrainische Volk ist ein tief religiöses Volk. Diese Religiosität wurde durch die langjährige kommunistische Herrschaft vielseitig unterdrückt. So wurde die katholische Kirche in Folge der Oktoberrevolution verboten, ihr Eigentum, ihre Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen wurden konfisziert, das Personal gefangen genommen und viele Gläubige nach Sibirien verbannt. Kirchen und Pfarrhäuser wurden an die Moskauer Orthodoxe Kirche weitergegeben. Nur wenige Priester konnten unter Lebensgefahr im Hintergrund wirken.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus bekamen auch die Katholiken die Freiheit, ihren Glauben öffentlich zu bekennen. Damit kam auch die ganze kirchliche Vielfalt in diesem großen Land zum Vorschein. So gibt es heute in der Ukraine vier oder sogar fünf Kirchen und insgesamt 93 verschiedene Religionsgemeinschaften.

Dreiviertel der Bevölkerung zählen zur Orthodoxie, rund zehn Prozent zu einer katholischen Kirche und weitere zehn Prozent verteilen sich auf Judentum, Islam sowie evangelische und freikirchliche Gruppierungen. Die größte Teilkirche bildet die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK) des Moskauer Patriarchats. Die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK-KP) des Kiewer Patriarchats (die sich 1992 von der UOK abspaltete) und die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche (UAOK) galten als „unkanonisch“, also von der Weltorthodoxie nicht anerkannt.

Anfang 2019 wurde die Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU) vom Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus als autokephal anerkannt und den bestehenden 14 orthodoxen Landeskirchen gleichgestellt. Das Moskauer Patriarchat kündigte daraufhin einseitig die Eucharistiegemeinschaft auf. Bis Mitte 2019 soll es zum Übertritt von rund 500 Gemeinden von der UOK zur OKU gekommen sein.

Die Orthodoxe Kirche vom Patriarchat Kiew versteht sich als ukrainische Nationalkirche, Hüterin der Sprache, Kultur und Tradition. Sie versucht die Distanz zur russischen Kirche zu unterstreichen und der katholischen Kirche gegenüber freundlich aufzutreten.

Von der katholischen Seite gibt es die griechisch-katholische und römisch-katholische Kirche. Von ihrem byzantinischen Ritus her ist die Griechisch-katholische Kirche sehr nah an die Orthodoxie. Sie ist aber als unierte Kirche mit Rom verbunden. Mit etwa 4 Mio. Gläubigen ist diese Kirche, besonders im Westen des Landes, lebendig präsent. Mit sieben Bistümern ist die römisch-katholische Kirche zahlenmäßig die kleinste, aber die aktivste Religionsgemeinschaft, die vom Westen (Polen) beeinflusst und unterstützt wird.

Innerhalb der katholischen Kirche sind zwei Caritasverbände aktiv. Zunächst gibt es die Caritas der griechisch-katholischen Kirche. Die römisch-katholische Kirche hat auch eine eigene Caritas, die sich Caritas-Spes nennt und in verschiedenen Bereichen für die bedürftige Bevölkerung, unabhängig von Herkunft und Konfession, tätig ist.

Trotz aller Nähe zum russischen Staat irritiert die Positionierung des Moskauer Patriarchen Kyrill. In einem Schreiben vom 10. März an den geschäftsführenden Generalsekretär des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) und orthodoxen Priester Ioan Sauca ließ er verlauten: „Die schrecklichste Sache sind nicht die Waffen, sondern das Bemühen zur Umerziehung, zur geistigen Umgestaltung der in der Ukraine lebenden Ukrainer und Russen zu Feinden Russlands.“ In verschiedenen Predigten waren es drei ideologische Kernelemente, „die in Variationen immer wieder thematisiert werden und zu einen apokalyptischen Bedrohungsdiskurs verschmelzen, der mit der staatlichen Kriegspropaganda Hand in Hand geht und diese religiös untermauert: die von außen bedrohte historische Zusammengehörigkeit von Russland und der Ukraine, die bedrohte Situation der orthodoxen Gläubigen des Moskauer Patriarchats in der Ukraine sowie die Bedrohung sogenannter „traditioneller Werte“ durch liberale Werte wie individuelle Menschenrechte, Säkularisierung, Pluralismus und Fragen von sexueller Selbstbestimmung“ (Stefan Kube). Die Bedrohung der eigenen Werte sieht Patriarch Kyrill beispielsweise in Form von Gay-Pride-Paraden. „Der Patriarch und Putin: sie sind vereint in ihrer Homophobie, ihrem Fremdenhass, ihrer Verachtung des säkularen und demokratischen Westens – und auch in ihrem

großrussischen Wahn“ (Dominik Straub, FR 21.03.2022, 5). Auch eine Videokonferenz von Papst Franziskus mit Patriarch Kyrill brachte keine Annäherung. Darin redete der Papst Klartext: Ströme von Blut und Tränen fließen in der Ukraine. Es handelt sich nicht um eine Militäroperation, sondern um einen Krieg, der Tod, Zerstörung und Elend mit sich bringt.“

Angesichts des brutalen Angriffskriegs gegen ein „Brudervolk“ hat sich die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK) klar verurteilend geäußert. Zumal zahlreiche ihrer Gotteshäuser in der Ost-Ukraine massiv beschädigt oder gänzlich zerstört wurden. Zahlreiche Priester und ganze Bistümer verweigern die übliche Kommemoration des Patriarchen in der Liturgie. Selbst der Metropolit der UOK Onufrij forderte ein sofortiges Ende des Bruderkrieges und rückte damit von seiner „Mutterkirche“ in Moskau ab.

Nähere Informationen:

Markus Novak, Ausgang ungewiss. Die Kirchen in der Ukraine angesichts des Kriegs, in: Herder-Korrespondenz, 4/2022, 16-17.

Stefan Kube, Bedrohungsdiskurse. Das Moskauer Patriarchat und der Krieg in der Ukraine, in: Herder-Korrespondenz, 4/2022, 18-20.

Regina Elsner, Sich nicht vereinnahmen lassen, in: Christ in der Gegenwart 14/2022, 3.

Den Krieg aus der Geschichte der Menschheit tilgen

Papst Franziskus

„Liebe Brüder und Schwestern! Mehr als ein Monat ist seit dem Einmarsch in die Ukraine vergangen, seit dem Beginn dieses grausamen und sinnlosen Krieges, der, wie jeder Krieg, eine Niederlage für alle, für uns alle bedeutet. Es ist notwendig, den Krieg abzulehnen, diesen Raum des Todes, in dem Väter und Mütter ihre Kinder begraben, in dem Männer ihre Brüder töten, ... in dem die Mächtigen Entscheidungen treffen und die Armen sterben.

Kriege zerstören nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft einer Gesellschaft! Ich habe gelesen, dass seit dem Beginn der Aggression gegen die Ukraine jedes zweite Kind aus dem Land vertrieben wurde. Das bedeutet, die Zukunft zu zerstören und bei den Jüngsten und Unschuldigsten unter uns dramatische Traumata zu verursachen. Das ist die Bestialität des Krieges, ein barbarischer und gotteslästerlicher Akt!

Der Krieg kann nicht etwas Unvermeidliches sein: Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen! Stattdessen müssen wir die Empörung von heute in ein Engagement von morgen umwandeln. Denn wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir alle in irgendeiner Weise schuldig sein. Angesichts der Gefahr der Selbsterstörung soll die Menschheit begreifen, dass die Zeit gekommen ist, den Krieg abzuschaffen, ihn aus der Geschichte der Menschheit zu tilgen, bevor er den Menschen aus der Geschichte tilgt.

Ich bete dafür, dass alle führenden Politiker darüber nachdenken und sich dazu verpflichten! Und mit Blick auf die gepeinigte Ukraine zu verstehen, dass jeder Tag des Krieges die Situation für alle verschlimmert. Deshalb erneuere

ich meinen Appell: Genug, hört auf, legt die Waffen nieder, lasst uns ernsthaft für den Frieden arbeiten! Beten wir erneut und unermüdlich zur Königin des Friedens, der wir die Menschheit, insbesondere Russland und die Ukraine, mit großer und intensiver Beteiligung geweiht haben, wofür ich Ihnen allen danke. Lasst uns gemeinsam beten. Ave Maria ..."

Angelus-Gebet am 27. März 2022

Quelle: <https://www.vaticannews.va/de/papst/news/2022-03/appell-papst-franziskus-angelus-frieden-krieg-ukraine-russland.html>

Stellungnahmen zum Ukrainekrieg

Die **Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)** und die **Deutsche Bischofskonferenz (DBK)** fordern eine sofortige Beendigung der Invasion, die Beachtung des Völkerrechts sowie konkrete Friedensbemühungen aller Beteiligten: <https://www.ekd.de/www.ekd.de/kirchen-fordern-sofortiges-ende-der-ukraine-invasion-71716.htm>

Der **Bund für Soziale Verteidigung (BSV)** hat ein Dossier „Nato-Ukraine-Russland. Situation und Auswege aus der Sackgasse“ veröffentlicht (Stand: 08.02.2022): https://soziale-verteidigung.de/system/files/infoblatt_ukrainekrise_08022022_web.pdf und eine Stellungnahme der AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung: „Für konsequent friedenslogisches Handeln im Ukraine-Konflikt“ (Stand: 17.02.2022): https://pzkb.de/wp-content/uploads/2022/02/Stellungnahme_Fu%CC%88r-konsequent-friedenslogisches-Handeln_Ukraine.pdf

Stellungnahme vom **Deutschen Mennonitischen Friedenskomitee** (DMFK) zum Krieg in der Ukraine (Stand: 25.02.2022): <https://mennonitengemeinde.de/2022a/stellungnahme-ukraine.html>

Friedensappell russisch-orthodoxer Priester: <https://www.neukirchner.de/der-erziehungsverein/aktuelles/detail/appell-der-russians-priests-for-peace>

Gemeinsames Wort der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) zum Krieg in der Ukraine: <https://www.oekumene-ack.de/aktuell/aktuelle-meldungen/mitgliederversammlung/artikeldetails/wort-der-mitgliederversammlung-der-ack-zum-krieg-in-der-ukraine/>

Franziskanische Perspektiven

Thomas Nauerth, Mediation statt Diplomatie. Was politisch von Franz von Assisi in der aktuellen Krise zu lernen ist: <https://www.franziskanisch.net/nachrichten-aktuelles/aktuelles/mediation-statt-diplomatie>

Christina Mülling, Wie Franziskus den Wolf zähmte: <https://www.franziskanisch.net/nachrichten-aktuelles/infag-nachrichten>

Zum Hintergrund des Konflikts

Heinz-Gerhard Justenhoven, Der Drang nach Freiheit, in: Herder-Korrespondenz 4/2022, 13-15

WWW.TAUWETTER.FRANZISKANER.DE